

Hartz IV und Agenda 2010 müssen weg!



EINE LINKE ZWEIWOCHENZEITUNG

■ Anstellen nach Almosen

Nicht erst mit Hartz IV wird sich Armut ausbreiten. Die „Leipziger Kindertafeln“ in der Heiland-Kirche sind bittere Gegenwart. **Seite 4**

■ Kindern von heute kaum bekannt

Vor 60 Jahren kamen der Kommunist Ernst Thälmann und der Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid im KZ Buchenwald um. Ihr Vermächtnis droht unterzugehen. **Seite 7**

■ Wer alles in Athen gewinnen will...

... habgierige IOC-Mitglieder, die deutsche Olympia-Fraktion, Coca Cola, McDonalds, Adidas, Swatch und andere Firmen, natürlich die Athleten, die Länder in der Medaillenwertung ... **Seite 13**

17
2004

12. Jahrgang

20. August

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345



DAS VOLK stellt keine müßigen Überlegungen an – etwa über die Berechtigung, einen Namen im Schild zu führen. Im vorigen Jahr, als es gegen den Irakkrieg ging, stellte auch niemand den Namen Montags-Demo in Frage. Obwohl man es hätte tun können, denn für dieses Thema gab es 1989 keinen Bedarf, weil SED und DDR-Regierung nicht einer räuberischen Außenpolitik verdächtig waren. Auch Anti-Hartz stand damals nicht auf der Tagesordnung. Jede Zeit hat ihre Probleme, und „das Volk, der große Lümmel“ (Heinrich Heine), nimmt dazu nicht nur das Wort, wenn es gefragt wird.

Aber die Gemeinsamkeiten zwischen den Demos von 1989 und 2004 sind weit größer und inhaltsreicher. Damals ging es darum, Entartungen und Versteinerungen im Sozialismus zu überwinden, einer vergreisten Führung einen Weg der Erneuerung abzutrotzen. Heute gilt es, eine volksfeindliche Sozialpolitik zurückzuweisen. Seinerzeit gelang es nicht, sozialistische Politik zu erneuern – die restaurativen Kräfte im Westen konnten mit wohlorganisierter Anstrengung die schwierige Situation nutzen, um eben jene Kapitalherrschaft wieder aufzurichten, mit der das Volk heute heftigst konfrontiert ist.

Die Kritik an den Montagsdemos und am Gebrauch dieses Namens, schlagartig von bürgerlichen Politikern und Medien zum Thema gemacht, kann nur als Ausdruck blanker Furcht vorm Volk verstanden werden. Doch weder die Verteufelung der Demos noch der Versuch, auf den fahrenden Zug des Protestes aufzuspringen (wie Wahlkämpfer Milbradt) erweisen sich als tauglich, ihn zu bremsen. Inzwischen, scheint es, ist bei den Urhebern von Hartz IV die Erkenntnis gewachsen, dass der Protest so nicht aufzuhalten ist, genauso wenig wie mit überzeugenderer „Vermittlung“. Doch die Mehrzahl der Bürger

hat auch schon durchschaut, dass die Nachbesserungen des Gesetzes – betreffend Auszahlungstermin und Kinderfreibeträge – sich im peripheren Bereich der Problematik bewegen und am Kern nichts ändern. Der letzte Montag in Leipzig hat unterstrichen: Hartz IV muss weg. Dabei ist klar: Das Gesetz ist nicht leicht zu kippen. Man muss sich auch auf neue Manöver und Tricks der Regierenden einstellen. Andererseits kann mit einem Stopp für Hartz IV dem ganzen unsäglichen Anti-Sozial-Paket Agenda 2010 viel Wind aus den Segeln genommen werden.

• GÜNTER LIPPOLD

Montagsdemonstranten: Wir kommen wieder!

Das Plus der Ostdeutschen

Schon der vorangegangene spontane Protest von rund zehntausend Leipzigern gegen Hartz IV am 9. August ließ weithin aufhorchen. Im Unterschied zum Herbst 2003 und zum Frühjahr nahmen viel mehr unmittelbar vom Sozialabbau Betroffene an der Demonstration teil. Am 16. August aber gewann der Protest von 20 000 nicht nur neue zahlenmäßige Kraft, sondern auch eine neue Qualität.

Als die Chefin der IG Metall Leipzig, Sieglinde Merbitz, die Bühne auf dem Kundgebungsplatz betrat, waren einige Teilnehmer skeptisch. Zu Unterschiedliches hatten sie in jüngster Zeit von Gewerkschaftsführern gehört, und die bürgerlichen Medien tun das ihre, sie zu verteufeln. Doch der Zweifel wich schnell. Selten war auf einer Demo eine so klare Analyse der herrschenden Politik zu hören wie hier. Und es war wichtig für die Versammelten, eine trotz Deindustrialisierung noch kampfbereite Gewerkschaft an ihrer Seite zu wissen – zumindest in ihrer Region.

Als zwei junge Leute im munteren Dialog am Pult feststellten, dass Demonstrieren nicht genüge, und vom Sturm auf Arbeitsämter sprachen, ergab sich eine weitere Lektion. Ohne die Sprecher zu brüskieren, machte Organisator Winfried Helbig in wenigen Minuten klar, wer sich am meisten über Provokationen freuen würde.

Über Hartz IV geraten andere Seiten der „Sozialreform“ leicht in Vergessenheit. Da war es wichtig, dass ein Redner, selbst schwer betroffen, die Rücknahme der „Gesundheitsreform“ forderte.

Vor allem aber: Rednerinnen und Redner stellten klar, wer laut Grundgesetz eigentlich das Sagen im Lande haben müsste: „Wir sind die Arbeitgeber der Regierung!“, hieß es. „Die Regierung gibt Millionen für Politikberater aus. Wir bieten kostenlose Beratung an!“, rief eine Frau unter stürmischem Beifall.

Vielleicht sind die Ostdeutschen gerade deshalb ein Gewinn für die Bundesrepublik, weil sie wichtige Fragen grundsätzlich stellen.

• G. BRAUN

Politische Pornografie

Dreimal tief Luft holen ... Aber der Reihe nach: Grimma feierte am vergangenen Wochenende mit einer „Liederflut“ den zweiten Geburtstag nach dem Hochwasser. Ein tolles Programm. Eine tolle Stimmung. Ein wunderschön neu erstandenes Städtchen, in dem trotz allem immer noch viel zu bauen – und ganz persönliches Leid und Kummer zu verarbeiten ist.

Für die „Liederflut“ gab es ein exzellentes Programm neben einem beinahe exzellenten Programmbüchlein. Darin auch ein geschichtlicher Abriss über die Perle des Muldentals, wie man sich nur zu gerne selbst nennt. 240 Druckzeilen lang. Ganze neun davon zur Nachkriegs- und 41-jährigen DDR-Geschichte. Und die lauten: „Endgültig geht der letzte Weltkrieg für die Grimmaer am 2. Februar 1993 zu Ende, als die 20. russische Garde-Mot.-Schützen-Division den Standort in Richtung Heimat verlässt. Die Zeit des Kalten Krieges bis zur Wende hat dann der historischen Bausubstanz der Stadt mehr Schaden zugefügt als der heiße Krieg davor – immerhin wird 1981 begonnen zu retten, was noch zu retten ist.“

Abgesehen davon, dass sich dann ziemlich viele westdeutsche Städte mit samt ihren Ami-Besatzern noch mitten im heißen Krieg befinden, was denkt sich so ein Schreiberling? Während des Kalten Krieges jedenfalls (der heiße hat das Städtchen kaum erreicht) entwickelte sich in Grimma eine ernst zu nehmende Maschinen- und Apparatebau-, eine Papier- und Baustoff-Industrie und damit ein selbstbewusstes Leben.

Heute hat die Stadt mit ihren gerade 18 000 Einwohnern 18,8 Prozent Arbeitslose. Angesichts diesen Jammers brachte das Hochwasser – makaber genug – immerhin noch zeitweiligen Aufschwung. Neun politisch pornografische Zeilen für eine Zeit, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik trotz aller Probleme eine Einheit bildeten. Neun Zeilen und nur nebenbei eine Andeutung von Ehrlichkeit (die Stadtsanierung ab 1981 ...) in einer Zeit, in der das Volk wieder zu Tausenden montags gegen Unrecht und Diktatur demonstriert!

• M. WARTELSTEINER

LN. Siegfried Schlegel, der vom Landeswahlausschuss nicht als Direktkandidat zur Landtagswahl zugelassen wurde, aber bei der Kommunalwahl im Wahlkreis Mitte erneut das beste Einzelwahlergebnis erreichte, ruft die Wählerinnen und Wähler des Wahlkreises 28 (Leipzig 4) dazu auf, jetzt erst recht mit der Zweitstimme PDS zu wählen. Jede Stimme zählt.

Außerdem mahnt Siegfried Schlegel:

„Der Sächsische Verfassungsgerichtshof hat meinen Antrag – wie auch den gleichlautenden Antrag von Wolfgang Denecke – auf Erlass einer einstweiligen Anordnung zur Zulassung als Direktkandidaten aus formalen Gründen inzwischen abgelehnt. Ausdrücklich war die Ablehnung verbunden mit den Hinweisen auf eine Wahlprüfungsbeschwerde vor dem Verfassungsgerichtshof nach dem 19. September, die eine Wiederholungswahl in beiden Wahl-

Siegfried Schlegel:

„Jetzt erst recht PDS wählen – jede Stimme zählt“

kreisen ermöglicht.

Außerdem kann sowohl vor dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof als auch dem Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit des Sächsischen Wahlgesetzes geltend gemacht werden. Deshalb werde ich aktiv im Landtagswahlkampf der PDS im Wahlkreis 28 (Leipzig) auf Foren, auf Plakaten und Flugblättern um Stimmen für die PDS werben. Die Leipziger und die sächsische PDS sollten allen wahltaktischen Spielereien für Abstimmungsempfehlungen der Erststimme zugunsten von Direktkandidaten anderer Parteien eine klare Absage erteilen. Auch des-

halb, weil ich beabsichtige, die Wahl der Direktkandidaten im Wahlkreis 28 anzufechten.

Auch wenn es auf kommunaler Ebene eine gute Zusammenarbeit mit den Fraktionen Bündnis 90/Grüne und auch oft mit der SPD gibt, wäre es angesichts der von beiden Parteien auf Bundesebene ebenso wie von CDU und FDP zu verantwortenden Hartz IV-Gesetzgebung eine Verhöhnung der Wählerinnen und Wähler. Bis heute steht ein klares Wort der beiden mit Mandat des Direktwahlkreises im Bundestag vertretenen SPD-Bundestagsabgeordneten zu Hartz IV auch bezüglich ihrer Abstimmungen im Bundestag aus.“

Bombodrom vorerst gestoppt

LN. Der Widerstand gegen die militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide hat einen Teilerfolg erzielt. Das brandenburgische Oberverwaltungsgericht in Frankfurt (Oder) hat rechtskräftig beschlossen, dass die Bundeswehr den Bombenabwurfplatz auch weiterhin nicht militärisch nutzen darf. Eine Beschwerde des Struck- Ministeriums gegen eine gleichlautende Entscheidung des Verwaltungsgerichts Potsdam wurde damit zurückgewiesen. Die Bundeswehr muss zunächst das Ende des Klageverfahrens der Anliegergemeinde Schweinrich gegen das Bombodrom abwarten. Da die Gerichte sich bisher noch gar nicht mit der Sache selbst auseinandergesetzt haben, gehen Juristen davon aus, dass in den kommenden zehn bis zwölf Jahren eine militärische Nutzung unmöglich sein wird.

Das Gelände zwischen Wittstock und Rheinsberg wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von der sowjetischen Armee als Übungsplatz für Luftwaffeneinsätze eingerichtet. Im Januar 1993 beschloss die rosa-grün-schwarz-gelbe Mehrheit des Bundestags seine Nutzung als Luft-Boden-Schießplatz der Bundeswehr.

Wegen drohender Lärmbelastung, Gefährdung von tausenden Arbeitsplätzen im Tourismus und Bedrohung von Naturschutzgebieten reichten Bombodrom-Gegner ein Jahr darauf Klagen ein, die die Bundeswehrpläne bislang durchkreuzten.

GÜNTER SCHOLZE

Montagslied

Am Montag geht was los.
Kommt alle, klein und groß!
Sie woll'n uns reformieren,
bis manche dran krepieren.
Da machen wir nicht mit,
mit Schröder sind wir quitt.

Am Montag geht was los.
Die Wut ist riesengroß.
Man sagt, es fehlt an Geld
– da lacht die ganze Welt.
Wir sind ein reiches Land,
regiert mit Unverstand.

Am Montag geht was los!
Die Demo wird ganz groß.
Der Clement schimpft: Nicht gut!
Soll nehmen seinen Hut.
Wir sagen's heute allen:
Das Hartz-Gesetz muss fallen.
Da sind wir rigoros!
Am Montag geht was los.

Subbotnik für Erich Zeigner

Nicht nur das Wort, auch die Sache feiert fröhliche Urstände: Subbotnik. Denn um einen solchen ging es, als sich am ersten Augustsonnabend etwa fünfzehn Genossen der PDS-Basisorganisation des Leipziger Westens am Erich-Zeigner-Haus in der Zschocherschen Straße trafen. „Schritt für Schritt wollen wir Form und Inhalt zusammenbringen“, erläuterte Frank Kimmerle, Vorsitzender des Erich-Zeigner-Haus. e. V., das Anliegen des löb-

lichen Tuns. Zuerst geht es darum, den Garten des einstigen sozialdemokratischen sächsischen Ministerpräsidenten und Leipziger Oberbürgermeisters von 1945 bis '49 wieder in Ordnung zu bringen. Weshalb der Arbeitseinsatz, den Kimmerle beim Leipziger Stadtchef Volker Külow angeregt hatte, keine einmalige Aktion ist.

Nachdem nun Bäume beschnitten, Unterholz ausgelichtet und Büsche freigelegt sind, soll dem-

nächst noch ein Freisitz zum Grillen angelegt werden. Für den Herbst ist die Aufstellung eines noch in Böhlitz-Ehrenberg befindlichen Mahnmals für die Opfer des Faschismus geplant.

Kimmerle dankte ausdrücklich den PDS-Genossen, die beitragen, das Andenken des engagierten Antifaschisten und Sozialdemokraten Zeigner in Ehren zu halten.

• HERMANN GERATHEWOHL

Von Dietmar Pellmann

Es ist brütend heiß an diesem Nachmittag. Die PDS hat in der Nähe der Grünauer Post einen Infostand aufgebaut. Das rote Zelt mit den PDS-Symbolen ist weithin sichtbar. Passanten bleiben stehen und suchen vor allem das Gespräch mit Peter Porsch, bekunden ihre Solidarität und bitten ihn, weiterhin mit ganzer Kraft gegen den fortschreitenden Sozialabbau und insbesondere gegen die Hartz-Gesetze zu kämpfen. Bereitwillig unterschreiben viele die von der sächsischen PDS initiierte Massenpetition an den Deutschen Bundestag gegen Hartz IV; in knapp zwei Stunden kommen so mehr als 200 Unterschriften zusammen.

Aus den zahlreichen Gesprächen am Infostand artikuliert sich nicht nur Protest und Widerstandswillen, sondern auch Niedergeschlagenheit und Frustration. Viele Fragen zeugen von Verunsicherung: Wer gehört zu einer Bedarfsgemeinschaft? Muss ich wirklich jede Arbeit annehmen, auch wenn es dafür pro Stunde nur einen Euro gibt? Kann ich in meiner Wohnung bleiben oder werde ich zum Umzug genötigt? Wird meine Erwerbsminderungsrente gestrichen? Was gehört zum anzugebenden Vermögen? Soll ich den Antrag für das Arbeitslosengeld II überhaupt abgeben?

Diese und viele andere Fragen bewegen Betroffene; weitere werden hinzukommen, weil vieles in den gesetzlichen Bestimmungen entweder offen gelassen oder bewusst schwammig formuliert wurde.

Generalkritik

Die nunmehr gesetzlich fixierten arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Grausamkeiten kamen nicht überraschend. Seit langem wurden sie von Spitzenfunktionären der Unternehmerverbände gefordert und fanden dann Eingang in die Schrödersche Agenda 2010 im März vergangenen Jahres. Die PDS war die einzige Partei, die diesen Ausstieg aus dem Sozialstaat nicht nur von Anfang an kritisierte, sondern auch alternative und realisierbare Vorstellungen entwickelte. Ganz im Gegensatz dazu hat die sächsische CDU und vor allem ihr Spitzenmann Georg Milbradt, der sich aus wahltaktischen Gründen heute als Anti-Hartzianer aufspielt und damit den Tatbestand der Volksverdummung erfüllt, die „Reform“ unterstützt. Es war Georg Milbradt, der im Dezember 2003 im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat den Hartz-Gesetzen nicht nur zustimmte, sondern diese durch eigene „Vorschläge“ noch verschärfte.

Für die PDS bleibt Hartz IV

- ein Sparprogramm auf dem Rücken von Langzeitarbeitslosen in Höhe von jährlich mindestens 5 Milliarden Euro,
- die Umverteilung von unten nach oben in bisher nicht gekanntem Ausmaß, zumal keine Wiedereinführung der Vermögenssteuer erwogen wird, sondern der Spitzensteuersatz von 45 auf 42 Prozent abgesenkt werden soll,
- das Programm zur Schaffung von Massenarmut, weil allein in Sachsen mehr als 300 000 und in Leipzig ca. 50 000 Menschen künftig auf bisherigem Sozialhilfeniveau leben müssen,
- ein weiterer Markstein auf dem Weg der Benachteiligung von Menschen in den neuen Bundesländern, weil im Osten wesentlich mehr Langzeitarbeitslose be-

troffen sein werden,

- der Kampf gegen Arbeitslose anstatt gegen Arbeitslosigkeit, weil sich der Druck auf Betroffene enorm erhöht, aber kaum existenzsichernde Arbeitsplätze entstehen werden, und
- insgesamt wirtschaftsfeindlich, weil allein in Sachsen mit einem Verlust an Binnenkaufkraft von jährlich bis zu einer halben Milliarde Euro zu rechnen ist, weshalb es auch zu bedrohlichen Auswirkungen auf die Existenz in Handwerk und Handel kommen wird.

gang zur **Zwangsarbeit** zu tun; denn wer Arbeit ablehnt, wird mit drastischen Sanktionen bestraft. Dabei wird es sich gerade im Osten nicht um wirkliche Arbeitsplätze handeln, sondern lediglich um sogenannte gemeinnützige Arbeit, also um 1-Euro-Jobs, für die nach neuesten Meldungen Nebenkosten (Fahrtgeld, Arbeitsbekleidung) selbst aufgebracht werden müssen. Gerade diese Regelungen werden den Trend zur Abwanderung in die alten Bundesländer erneut verstärken. Noch problematischer wird der Umgang

bar. Auf jeden Fall muss verhindert werden, dass Menschen, die schon erhebliche Einkommensverluste zu verkraften haben, nicht auch noch ihr Zuhause verlieren.

Befürchtungen gibt es ebenfalls bei Kleingärtnern. Nach Schätzungen des sächsischen Kleingartenverbandes könnte ein Fünftel seiner Mitglieder genötigt werden, im Zusammenhang mit der Gewährung von Arbeitslosengeld II ihren Garten zu verkaufen. Ob diese Befürchtungen eintreffen, muss abgewartet werden. Die PDS sollte sich mit dafür einsetzen, dass Kleingärten, die eine wesentliche soziale Funktion haben, nicht veräußert werden müssen.

Bei der Zuordnung zu „Bedarfsgemeinschaften“ gab es schon bei Sozialhilfeempfängern immer wieder Streit; das dürfte sich auch beim Arbeitslosengeld II nicht ändern. Auch künftig sind Antragsteller in der Beweispflicht und werden ggf. vor Ort aufgesucht.

Für Antragsteller dürfte auch nicht leicht zu beantworten sein, welche Sachgegenstände bei der Vermögensermittlung angegeben werden müssen und welchen Wert diese haben. So bleibt z. B. unklar, wer eventuell notwendige Expertisen finanziert.

Schwieriger wird auch die Unterhaltszahlung für Kinder, weil pflichtige Zahler, die Arbeitslosengeld II beziehen, dazu nicht mehr in der Lage sind. Das wird auf jeden Fall die kommunalen Haushalte belasten, die in solchen Fällen Unterhaltsvorschuss zumindest bis zum 6. Jahr des Kindes und bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres zahlen müssen.

PDS-Positionen

Die PDS wird beim weiteren Umgang mit Hartz IV in gewissem Sinne eine Doppelstrategie betreiben. Es bleibt bei der bisherigen Grundposition: Hartz IV muss weg! Deshalb sind Protestaktionen, die diesem Ziel dienen, unbedingt zu unterstützen, was vor allem für die Leipziger Montagsdemonstrationen gilt. Freilich darf es nicht nur bei der Kritik an den Hartz-Gesetzen bleiben. Die durchaus vorhandenen alternativen PDS-Konzepte für soziale Gerechtigkeit sind gerade im gegenwärtigen Wahlkampf offensiv zu vertreten. Die prinzipielle Ablehnung von Hartz IV schließt die Unterstützung für die Menschen nicht aus, die Arbeitslosengeld II beantragen müssen. Zwar sollte die Leipziger PDS keine eigene Beratungsstelle zur Hilfe bei der Ausfüllung der Anträge einrichten, weil dies ihre personellen Möglichkeiten überfordert, aber vor allem mit den Vereinen zusammenarbeiten, die entsprechende Angebote vorhalten. Neben den Gewerkschaften sind das in Leipzig vor allem das Erwerbslosenzentrum und das Zentrum für Integration.

Da es einzelne Stimmen gibt, die Betroffene zum Boykott von Hartz IV aufrufen, ist vor solchen Aktionen dringend zu warnen, denn die Anspruchsberechtigten sind dringend darauf angewiesen, ab Januar nächsten Jahres wenigstens die gesetzlichen Leistungen zu erhalten. Ebenfalls nicht geraten werden kann, bei der Ausfüllung der Anträge falsche oder unvollständige Angaben zu machen. Wenn Überprüfungen, zu denen die Behörden aufgrund der Datenvernetzung in der Lage sind, Ungereimtheiten zu Tage fördern und zumindest ein Verstoß gegen die Mitwirkungspflicht nachgewiesen wird, drohen Sanktionen bis hin zur Einstellung der Zahlungen.

Hartz IV – der Weg in die Massenarmut



Foto: Märker

Hauptsächliche Veränderungen

Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe als solche wäre auch von der PDS dann nicht grundsätzlich zu kritisieren, wenn sich die gewährte Unterstützung, die im Gesetz völlig zu Unrecht als *Grundsicherung* bezeichnet wird, auf wesentlich höherem Niveau bewegen, der Billig-Job-Sektor nicht maßlos aufgebläht und statt dessen existenzsichernde Arbeitsplätze entstehen würden. Keinem dieser Kriterien wird durch die Hartz-Gesetze entsprochen.

Es wird behauptet, dass es zumindest arbeitsfähigen **Sozialhilfeempfängern** besser als bisher gehen wird. Das ist eine bewusste Fehlinformation, **denn die Aufstockung des Regelsatzes in Sachsen von 282 auf 331 Euro ist mit einem fast völligen Wegfall bisher gewährter einmaliger Hilfen verbunden**, so dass es letztlich für diese Personengruppe sogar zu einer noch weiteren Absenkung der Unterstützung kommt. **Noch gravierender sind freilich die Einschnitte für bisherige Empfänger von Arbeitslosenhilfe.** Für sie verschärfen sich nicht nur die Zugangsbestimmungen, sondern rund ein Viertel von ihnen wird künftig gar keine finanziellen Leistungen mehr erhalten, weil sie entweder über der Vermögensfreigrenze liegen oder die ermittelte Bedarfsgrenze im Rahmen der Bedarfsgemeinschaft überschreiten. Besonders zu kritisieren ist der faktische Wegfall jeglicher Zumutbarkeitskriterien für die Annahme von Arbeit. Qualifikation, bisheriger Verdienst oder Entfernung zum Wohnort spielen keine Rolle mehr. Bis auf ganz wenige Ausnahmen haben wir es mit dem endgültigen Über-

mit Älteren. Jene, die bisher Unterstützung erhielten und sich vertraglich bereit fanden, bis zur Erreichung des Rentenalters nicht mehr durch die Arbeitsagentur vermittelt zu werden, fallen ebenfalls unter das Arbeitslosengeld II, was mit erheblichen finanziellen Einbußen verbunden ist.

Regelrecht hohnsprechend ist der Umgang mit privater Altersvorsorge. Auf der einen Seite soll jeder für sein Alter selbst vorsorgen, weil das Rentenniveau sinkt. Auf der anderen Seite droht der Zwang zur Veräußerung von Lebensversicherungen mit Verlusten. Lediglich die Ansprüche aus der Riester-Rente sollen unangetastet bleiben, was ungerecht ist, allerdings kaum dazu führen dürfte, dass dieses kaum angenommene Vorsorgemodell eine Aufwertung erfährt.

Bestehende Unklarheiten

Es ist keineswegs so, wie aus sächsischen CDU-Kreisen zu vernehmen ist, dass die Hartz-Gesetze lediglich handwerkliche Schwächen haben, sondern es gibt grundsätzliche Unklarheiten, die erhebliches Konfliktpotential bergen. So ist für die Stadt Leipzig die Zusammenarbeit zwischen Arbeitsagentur und Sozialamt nach wie vor nicht endgültig geregelt. Auch die Software für die Bearbeitung der Anträge soll erst im Oktober zur Verfügung stehen.

Das Gesetz weist lediglich aus, dass die Empfänger von Arbeitslosengeld II „angemessenen Wohnraum“ haben dürfen. Was aber als angemessen gilt, ist nicht eindeutig definiert.

Die PDS-Fraktion im Stadtrat sollte alle Mittel ausschöpfen, um massenhafte Wohnungswechsel zu verhindern. Ob diese für Leipzig drohen, ist noch nicht abseh-

Unser Autor ist Mitglied des Sächsischen Landtags und Stadtrat in Leipzig

Man kann einem Kind nicht die weltpolitische Lage erklären, damit es seinen Hunger noch einmal überdenkt. Weder in Afrika noch in Leipzig. Der Mensch braucht zu essen, der kleine erst recht.

Deshalb wird jetzt in der Leipziger „Heiland-Kirche“ täglich (außer samstags und an Sonn- und an Feiertagen) der Tisch für 25 Kinder gedeckt – vom Verein „Leipziger Tafeln“. Eltern, die hier Unterstützung suchen, sind nicht mehr in der Lage, richtig für ihre Kinder zu sorgen. Viele schämen sich dafür. Sie geben sich selbst die Schuld an ihrer peinlichen Lage. In dieser Situation tröstet es die Betroffenen nur wenig, dass die Nachfrage nach einem Platz an der Kindertafel steigt und steigt. Demnächst werden für 160 Kinder Tische in den Kirchenräumen zu decken sein!

Ohne Stempel geht nichts

Dabei kann beileibe nicht vorbeikommen, wer gerade möchte. Jedes Kind bekommt einen „Tafelausweis“, in dem die Bedürftigkeit amtlich bescheinigt wird, mit Stempel und Unterschrift für jede Mahlzeit. Selbst Hunger will in behördlich geordnete Bahnen gelenkt werden. Auch wenn man versucht, die Kinder das nicht so krass spüren lassen. Denn wenn einmal doch nicht genug zu essen da sein sollte, wird hier kein Kind hungrig weggeschickt – für ein paar Brote reicht es meist immer noch.

Schon gegen elf Uhr finden sich die ersten ein. Links an der Kirchpforte stellen sich die Kinder an, die Erwachsenen rechts an anderer Stelle. Niemand murr, jeder wartet geduldig an der „Krippe“, bis die Tür geöffnet wird, um den Hunger stillen zu können. Der Heimweg wird dann wieder gemeinsam angetreten, meist geht der Vater vorneweg und die Mutter mit den Kindern hinterdrein. Wenn man satt ist für die nächsten Stunden, wird sogar ein bisschen gescherzt.

Goethe spricht im Faust von der „sauberen Armut“ Gretchens. Wie löst man aber heute die Gretchenfrage der Armut? Es sind in der sogenannten sozialen Marktwirtschaft noch dieselben Antworten: Für etwas Essen muss, wer nicht arbeiten darf, die Hand aufhalten und darum bitten ...

Heute übrigens waren von den Tischen der Bessergestellten Fischstäbchen, Kartoffelbrei und Pudding abgefallen. Ist es morgen hartes Brot? Nicht nur unsere Großeltern lernten: „Es gibt kein hartes Brot! – Es gibt nur gar kein Brot!“

Die Leipziger Kindertafeln

Vorwärts und nicht vergessen, beim Hungern und beim Essen ... die Almosen

Die Mahlzeiten der „Leipziger Tafeln“ sind genau kalkuliert, kontrolliert, gezählt und abgepackt. Denn aus den Kirchengemäuern kann niemand Wasser schlagen und mit ein paar Broten und ein wenig Fisch ist beileibe kein Manna gewonnen, mit dem man in Sachsen Tausende Hungerige beköstigen könnte.

Was braucht der Mensch, was steht ihm zu, außer Hunger, Durst und Arbeitslosigkeit? Werden demnächst von tüchtigen West-Beamten unsere benötigten Kalorien gezählt? Mit welchen Gedanken, mit welchen Nöten und Demütigungen wachsen da Kinder heran.

Oder ist Mutti schon früh betrunken und ist Vati am Morgen schon erschöpft, weil das alles keinen Sinn mehr hat?

Verweigert man dem Menschen Unabhängigkeit und Freiheit, dann ist der

soziale Frieden in der Schieflage. Wo ein Kind nicht satt wird, da stimmt nichts mehr!

Echte amerikanische Zivilisations-Idee

Die Tafelidee soll vor mehr als 30 Jahren in den ja auch nicht gerade armen USA ihren Anfang genommen haben. Inzwischen ist dort ein „flächendeckendes, professionelles System von Tafeln entstanden“, heißt es in einem Falblatt. Im Herbst 1993 habe die Idee Deutschland erreicht. Eine Berliner Frauengruppe, so ist nachzulesen, fühlte sich von einem Bericht über „New York City Harvest“ angesprochen und gründete die erste deutsche Tafel an der Spree. Fünf Jahre später gab es solche Tafeln für die Armen in 100 deutschen Städten. Ein weiteres

„Leipziger Einerlei“ macht der „Tagesspiegel“ zur ersten Montagsdemo gegen Hartz IV aus. Aber auch Leipzigs Neue:

„... jemand hält einen Stapel ‚Leipzigs Neue‘. Eine linke Zweiwochenzeitung‘ im Arm, viele greifen zu, lassen aber sofort los, als sie hören, das ‚Leipzigs Neue‘ einen Euro kostet. Der Verkäufer lächelt dann immer ein trauriges, aber verzeihendes Lächeln. So sind sie, die Menschen. Er ist Brite, heißt Keith Barlow, sieht aus wie John Cleese von Monty Pythons Flying Circus und hat noch immer kein Sächsisch gelernt. Dafür spricht er Deutsch. Vor vielen



Jahren ist er vor Maggy Thatcher in die DDR geflohen. Dort arbeitete er in Ruhe an einer Dissertation über die englischen Gewerkschaften und war Englisch-Dozent an der Uni. Mit dem Universitätswesen der DDR wurde auch Dr. Keith Barlow abgewickelt, nun gut, aber dass Maggy Thatcher ihn nun noch hier einholt, das ist zuviel! Keith Barlow packt ‚Leipzigs Neue‘ fester ...“

AUS: TAGESSPIEGEL
VOM 11. AUGUST 2004

Jahr später (Februar 1999) waren es bereits 200 Tafeln, zwischenzeitlich ist ihre Zahl auf über 330 angewachsen (Stand März 2003). Wie viele Essenportionen sind das? Wieviel Tragik, Unglück, Hoffnungslosigkeit?

Nach Angaben des Sozialministeriums des Freistaates Sachsen sind rund 45 000 Kinder und Jugendliche bis 15 Jahre auf Sozialhilfe angewiesen. Das ist fast ein Drittel aller 133 256 sächsischen Sozialhilfeempfänger. Die meisten davon leben in Leipzig.

Wer unterstützt die Leipziger Tafeln?

Es sind laut dem bereits erwähnten Vereins-Faltblatt: „Lebensmittelmärkte, Obst- und Gemüsehändler, Lebensmittelhersteller, Bäckereien, Drogerien, Medien, Prominente sowie andere Unternehmen und Menschen wie Sie! Soziale Einrichtungen, wie Übernachtungshäuser, Tagestreffs, Suppenküchen für Obdachlose, Treffs für Straßenkinder, Beratungsstellen, Frauenhäuser u. v. m.“ Die LEIPZIGER TAFEL, die die gespendeten Lebensmittel unentgeltlich an Bedürftige verteilt, wurde im Mai 1996 als „langfristiges Projekt“ gegründet (und das, als die überbordende Armut dank Hartz IV noch gar nicht zu ahnen war). Sie ist Mitglied im Bundesverband DEUTSCHE TAFEL e.V. (Sparkasse Leipzig Kto. Nr.: 1100 254 850 BLZ: 860 555 92).

Jeder, der helfen will, ist herzlich willkommen. Telefonate müssen entgegengenommen und bearbeitet werden. Die Spenden müssen abgeholt und an die sozialen Einrichtungen verteilt werden. „Wir brauchen die finanzielle Unterstützung durch die Leipziger Bevölkerung für Fahrzeuge, Telefon, Büro- und Informationsmaterial. Als mildtätiger Verein können wir eine steuerlich abzugsfähige Spendenquittung ausstellen“, heißt es. Man kann auch, wenn man bei Gericht zu gemeinnütziger Arbeit verurteilt worden ist, hier seine vernünftigen Kräfte walten lassen.

Eine Mitgliedschaft ist bereits ab 3 Euro monatlich zu erwerben. Die Beiträge werden für die laufenden Kosten der Leipziger Tafel verwendet. Auch Sponsoren für die Tafelprojekte werden immer gesucht.

„Vorwärts und nicht vergessen, beim Hungern und beim Essen“ ... das Almosen nicht vergessen, weil Staat und Regierung nicht mehr für das Volk da sind.

• JÖRN FRIEDRICH SCHINKEL

Noch einmal zum Kulkwitzer See:

Baumpflanzaktion findet Zustimmung

LN. Wir berichteten in LN 16' 04 über den auf die lange Behördenbank geratenen Antrag von Elke Göbel zur Pflanzung von einheimischen, Tulpen- oder Urweltmammutbäumen am Kulkwitzer See, auf der Fläche, auf der zur Zeit noch die ehemalige Gaststätte Partytonne steht. Wenigstens der Verwaltungsrat Kulkwitzer See reagierte jetzt positiv, wie durch Herrn Conrad, Geschäftsführer der LeipzigSeen GmbH, mitgeteilt wurde.

In Kürze soll ein Antrag beim Bauamt eingereicht werden, die Partytonne abzureißen. Der Bebauungsplan für den Kulkwitzer See sieht für den Partytonnen-Platz zwar eine Grünfläche vor,

aber genaue Bedingungen für die Anpflanzungen können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genannt werden. Die endgültige Entscheidung der Stadt Leipzig über diesen B-Plan steht immer noch aus.

Bis zur Gestaltung dieser neuen attraktiven Grünfläche ist es noch ein weiter Weg, den die Partner der Aktion – Stiftung Wald für Sachsen, Naturschutzbund Leipzig, Vereine am See und im Wohngebiet und LeipzigSeen GmbH – nun aber optimistisch gehen werden, wie Elke Göbel mitteilt. Interessenten, die sich an dieser Baumpflanzaktion beteiligen und ihren Baum am Kulkwitzer See pflanzen möchten, sind herzlich willkommen.

Weitere Informationen zur Baumpflanzaktion finden Sie im Internet unter:

www.kulkwitzersee.com

Politischer Selbstmord in Sachsen

Die „Wirtschaftsunion“ hat ein Gespenst ausgebrütet, das im Land weit umherzieht: Zukunftsangst. Es taucht in der Umkleidekabine eines Sportvereins ebenso auf wie unter Mitarbeitern der Bahn, die vor einer Entlassungswelle zittern. Auf dem Bau scheint es regelrecht zu Hause zu sein. Die Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit gibt derzeit 33 500 arbeitslose Bauarbeiter an. Die Anzahl der Langzeitbetroffenen dürfte sehr hoch sein. So war alles nur eine Frage der Zeit: Das MDR-Fernsehen berichtete Anfang August von einem tragischen Selbstmord eines Bauarbeiters in Leipzig. Die geschockte Witwe sagte den Reportern, dass sich ihr Mann in seinem Abschiedsbrief direkt auf die Politik Schröders und das drohende Arbeitslosengeld II bezog.

Die Perspektiven für diese Berufsbranche sehen so schlecht aus wie noch nie zuvor in Deutschland, und so überrascht die Verzweiflungstat nicht unbedingt. Das Echo in der Öffentlichkeit ist gewollt spärlich. Der MDR holte lediglich eine Stellungnahme des Pressesprechers der Arbeitsagentur Leipzig ein. Kein Wort von den Herren Tiefensee oder Steinbach vom Bezirk oder von Milbradt oder gar vom Kanzler.

Auch die Kirchenführer schweigen und die ehemalige DDR-Opposition sowieso. Was für gewaltige Wellen schlug doch einst die Selbstanzündung des ostdeutschen Pfarrers Brüsewitz in den Westmedien.

Ich erwarte von den ostdeutschen Sozialisten, da ich es von den anderen nicht erwarten kann, herauszufinden, wieviel politisch motivierte Selbstmorde es seit der deutschen Einheit in den neuen Bundesländern gegeben hat. Den Anspruch, auch in diesem Punkt die Wahrheit zu erfahren hat das ganze Land. • J. SPITZNER

Sprechstunde vor dem Amt

„Bitte nicht auf Privatgelände!“ – An einem Infostand der PDS vor der Agentur für Arbeit Leipzig notiert

Cornelia Ernst auf Sachsentour. Nichts Ungewöhnliches, dass die Landesvorsitzende einer Partei vor einer Wahl kreuz und quer durchs Land fährt, das Gespräch mit ihr bisher unbekannt Menschen sucht, für ihre Positionen wirbt. Nicht alltäglich aber war, was sich am vergangenen Mittwochmorgen ereignete: Die Begegnung von Dr. Ernst und PDS-Aktiven der Stadt mit Besuchern des Leipziger Arbeitsamtes – das sich nun Agentur nennt, als sei der Staat aus der Verantwortung – wurde zur kollektiven Sprechstunde.

Nicht alle Mitarbeiter der Arbeitsagentur scheinen erfreut über die Amtshilfe. „Bitte begeben Sie sich mit ihrem Stand auf den Fußweg! Das ist hier Privatgelände“, fordert eine Dame. Tiefe der Grenzüberschreitung: rund 1 Meter – kein Grund zu Streit. Als später ein junger Agenturmann sein Missfallen über eine Folge Druckseiten bekundet, die an einem Zaun auf Amtsgebiet hängen, liegt die Sache schon anders. „Das ist amtlicher Text!“, bekommt er zu hören, „wir unterstützen Ihre Arbeit, wenn ihn

die Besucher schon vor Ihren Beratungen kennen lernen.“ Die 16 Fragebogen-Seiten fürs „Arbeitslosengeld II“ bleiben hängen. Und so, wie *Focus-TV* München auf dem Amtsgelände dreht – PDS-Themen verkaufen sich jetzt offenbar gut –, gehen auch die Gespräche der PDS-Aktiven mit Besuchern der Agentur ungehindert weiter.

„**Kleines Hartz-Alphabet**“ (von „Allein Erziehende“ bis „Zumutbarkeit“) und anderes informative PDS-Material nehmen fast alle Ankommenden gern, wenn Alphabet-Autor Dietmar Pellmann, Volker Külow, Barbara Höll und weitere Mitstreiterinnen auf sie zu kommen. Über Mannesmann-Abfindungen und arrogant erhobene Siegesfinger braucht die PDS hier nicht zu sprechen – das tut ein erregter Arbeitsamtbesucher.

Die vorgelegten Unterschriftenlisten gegen Hartz IV füllen sich zügig. „Gibt's denn noch eine Chance, Hartz IV zu kippen?“, fragt jemand. „Wenn Millionen unterschreiben ...“, erhält er zur Antwort. „Hauptsache, Sie kommen am Montag zur Demo!“ Der Fragesteller bedauert sicht-

lich, dass er da seine Frau im Krankenhaus besuchen muss.

Unterm roten Schirm des Infostands kommt Dr. Pellmann, Stadtrat und sozialpolitischer Sprecher der PDS-Landtagsfraktion, mit einem seit langem arbeitslosen 53-Jährigen ins Gespräch. Der bekennt schließlich, er würde ja in die PDS eintreten, habe aber kein Geld. „Daran soll's nicht scheitern“, erwidert der Direktkandidat für den Landtag. Der Eintritt ist beschlossene Sache.

Eine 26-jährige Computer-Fachfrau, fast wie ein Mädchen wirkend, fragt ziemlich aufgeregt: „Wenn ich einen Minijob um die 300 Euro annehme, kann ich dann noch mit Unterstützung rechnen?“ Sie erhält ausführliche, bejahende Antwort – und es ist ihr anzusehen, wie gut ihr die Auskunft tut. Kein passender Moment, mit ihr über den schlimmen indirekten Druck von Hartz IV auf die Löhne, über den Vormarsch amerikanischer Verhältnisse zu sprechen. Wenig später fällt ein nervöser junger Mann auf. Es stellt sich heraus: ein „Vollerwerbsgeminderter“, der nach einiger Zeit Abwesenheit von Leipzig die



Die Unterschriftenlisten füllen sich rasch ...

Foto: Märker

Mitteilung im Briefkasten fand, dass seine Erwerbsunfähigkeits-Rente eingestellt wird. „Ich leide an Polyneuropathie, einer Nervenkrankheit ... Seit 1. August kriege ich kein Geld mehr, kann die Miete nicht bezahlen.“ Hartwig Runge, auch als Sänger Ingo Graf bekannt, ist der erste Ansprechpartner; er rät zu sofortigem Widerspruch. Experte Pellmann wundert sich, dass der Ratsuchende keine Vorankündigung erhalten hat. Er solle umgehend beim Versicherungsträger LVA mündlich Widerspruch zu Protokoll geben. Wenn der Einspruch nichts bewirke, dann zum Sozialamt ...

Während der PDS-Obhut vor der Arbeitsagentur schwenkt ein Jüngling unentwegt die schwarz-rot-goldene Flagge, singt das Deutschlandlied und „Die Gedanken sind frei“; er scheint nicht ganz bei Trost. Doch er gehört mit anderen zu einem Konkurrenz-Stand. Da will Cornelia

Ernst offenbar wissen, ob sich's wirklich um nationalistisch Verirrte handelt – oder hat sie mitbekommen, dass hier BüSo, die „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“, auftritt? Jedenfalls spricht sie lange mit dem Ältesten der jungen Leute, Robert Chittka. Genauer: Sie hört vor allem geduldig zu. Sich authentisch über die Gedankenwelt anderer zu informieren, gehört zu einer PDS-Wahltour. Und wenn Ex-Präsidentschaftsbewerber LaRouche von der Demokratischen Partei der USA – ein Bush-Gegner, der schon mal zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt war – und seine Frau hinter der Splitterbewegung stecken, muss man sich ja nicht gleich wegdrehen.

Wer am Schluss der Aktion zur Straßenbahn-Haltestelle auf der Georg-Schumann-Straße ging, blieb beim Thema Nr. 1. In Taschen von Wartenden sah er das Hartz-Alphabet.

• GOTTFRIED BRAUN

Ich bin Prof. Porsch nie im Leben begegnet und bin auch kein *Focus*-Leser. Irgendeine Zeitung, die jemand in der Bahn liegengelassen hatte, setzte mich davon in Kenntnis, dass Prof. Porsch gebürtiger Österreicher sei, 1973 in die DDR gekommen war und dann irgendwann unter einem Decknamen für das MfS gearbeitet hatte und sogar Berichte über seine Freundin geschrieben haben soll. Es könnte sein, dass er als „normaler“ IM kein Aufsehen hätte erregen können, aber jemand, der seine Freundin Was weder *Focus* noch Zeitung meldeten, war, worüber der Österreicher den DDR-Geheimdienst über seine Freundin in Kenntnis setzte. Nein, auch mich hätte es nicht interessiert, aber bei *Focus* gehen die Uhren anders ... Woher ich das wissen will? Weil ich vor Jahr und Tag in meinem kleinen Verlag ein Taschenbuch über Herrn Gauck herauszubringen gedachte. (Und es übrigens auch tat.) Das Büchlein enthielt das Wortprotokoll einer Unterredung zwischen einem Rostocker MfS-Offizier und Herrn Gauck. Das Gespräch war am 28. Juli 1988 geführt worden, bald nach dem Kirchentag, der in Rostock stattgefunden hatte. Wörtliches Zitat: „Weiterhin wurde ... Gauck gedankt für seine Initiative für seine langfristige gute Zusammenarbeit und Durchführung des Kirchentages, ihm wurde auch gedankt für seinen hohen persönlichen Einsatz und dieser Dank wurde vom Mitarbeiter nicht nur aus persönlichen Gründen vorgebracht, sondern

Wo Stasiakten auftauchen, ist oft *Focus* in der Nähe

ihm wurde auch deutlich zu verstehen gegeben, dass dieser Dank seitens des MfS an Gauck ergeht ... Gauck wurde durch den Mitarbeiter erklärt, dass der von ihm beantragten Einreise seiner in die BRD übergesiedelten Kinder durch die zuständigen staatlichen Organe zugestimmt wird und dass der Einreise seiner Kinder nichts mehr im Wege steht.“ Bevor der Spotless-Verlag diese Zitate druckte, waren sie – indes mehr „nebenbei“ – in der *Welt* vom 23. 4. 1991 publiziert worden.

Nein, das alles erzähle ich nicht, um vielleicht einmal mehr darauf hinweisen zu wollen, dass selbst Gauck unbestrittenen Kontakt zum MfS hatte, nein, sondern weil auch damals *Focus* aktiv geworden war. Jemand, den ich noch aus der Zeit kannte, da er noch bei *adidas* in einem Chefetagenzimmer saß, rief mich aus dem Berliner *Focus*-Büro an und fragte, ob wir dieses Taschenbuch tatsächlich herauszubringen gedanken. Ich bejahte. Da eröffnete er mir, dass er meine „Stasi-Akte“ neben dem Buch liegen habe. Ich empfahl ihm, die Seite 1 aufzuschlagen,

denn dort müsse der Report über den Versuch des BND abgelegt sein, mich in Australien 1956 vor den Olympischen Spielen als Informanten anzuwerben. Ich sollte Details über die DDR-Athleten und Betreuer liefern, die man dann „nutzen“ wollte. Die schlampige Agentin hatte versäumt, sich zu erkundigen, wo ich beruflich tätig war, und als ich wahrheitsgemäß eröffnete, dass ich *ND*-Redakteur sei, verschwand sie augenblicklich aus Melbourne. Tatsächlich blätterte mein Telefonpartner in der Akte, fand aber das Blatt nicht. Da riet ich ihm, doch in Pullach rückzufragen, aber das wollte er nicht. Er eröffnete mir, dass er aufgrund seines Bericht über meine „Stasirolle“ schreiben würde, was er denn auch tat. Er benutzte sogenannte „Abschöpfberichte“, in denen geschrieben stand, was ich angeblich da oder dort beim Bier erzählt hatte. Ich nahm es ihm nicht übel, denn es war nun mal sein Job. Später wiederholte ein Mann vom Deutschlandfunk, was er da geschrieben hatte, und zieh mich der Bespitzelung von Westjournalisten während der

Friedensfahrt. Er hatte fast Recht. Als ich in einem anderen Sender kundtat, dass der wackere „Enthüller“ einmal seine Hotelrechnung in einem Berliner Friedensfahrtthel nicht beglichen hatte und ich deshalb – nicht namens des MfS, sondern der Friedensfahrt – den Deutschlandfunk-Buchhalter um Bezahlung ersuchte, wurde die Affäre nie wieder aufgeblüht.

Und erwähnen muss ich noch: Als eine Heidelberger Doping-„Enthüllerin“ vor einer Fernsehkamera die Frage nach der möglichen Ursache eines Dopingfalls im französischen Rudern mit dem Hinweis beantwortete, man habe doch einen DDR-Trainer engagiert, klagten der Trainer und der französische Ruderverband gegen sie. Sie verlor den ersten Prozess und erschien zum zweiten mit einer „Stasiakte“. Die Richterin belehrte sie, dass sie zwar schon von solchen vor deutschen Gerichten kursierenden Papieren gehört habe, aber bei der juristischen Tradition bleibe: Legt jemand ein solches Dokument vor, muss auch der als Zeuge geladen werden, der das Papier geschrieben haben soll. Den muss man nach den Umständen befragen können, ehe man über die Glaubwürdigkeit solcher Papiere nachzudenken beginne – und reichte das Papier ungelesen zurück. Was ich damit sagen will? Wo „Stasiakten“ auftauchen, war *Focus* schon oft in der Nähe – selbst wenn es sich um eine Akte des Herrn Gauck handelte ...

• KLAUS HUHN



Es gratulieren ...

Wirtschaftswissenschaftler haben ermittelt, in den letzten drei Jahren habe Sachsen die größten Fortschritte aller Bundesländer gemacht. Damit verbunden ist der Titel „Ministerpräsident des Jahres“ für Georg Milbradt.

Dazu gratulieren:

– die derzeit 394 993 arbeitslosen Sachsen, von denen nahezu jeder zweite erwartungsfroh dem Arbeitslosengeld II entgegensteht, ungezählte Emigranten, die das Land wegen Billigjobs und Arbeitsplätzen verlassen, – mehr als 20 000 Schulabgänger, die sich bisher vergeblich um einen Berufsausbildungsplatz bewarben, – die 134 000 auf Sozialhilfe angewiesenen Sachsen, unter ihnen 51 000 Kinder und Jugendliche.

Es schließen sich an: die Bewohner der Armutsräume der Lausitz und des Erzgebirges, Bürger und Bürgermeister zahlreicher finanziell notleidender Gemeinden, die entlassenen Bahnwerker in Zwickau und Chemnitz, Lehrer und Studenten der gebeutelten und beengten Hochschulen, die täglich um ihre Existenz kämpfenden kleinen Unternehmer, Händler und Handwerker, die wachsende Anzahl der aussichtslos verschuldeten Familien ...

Doch genau besehen: der Titel ist an sich ziemlich wertneutral formuliert. • G. L.

Hartz IV: Sächsische CDU-Regierung hat nach Zustimmung plötzlich kalte Füße

Milbradt doppelzüngig

PDS fordert: Hartz IV sofort zurücknehmen!

LN. Offensichtlich unter dem Einfluss des wachsenden Protestes der Betroffenen und angesichts schwindender Wahlchancen seiner Partei hat der sächsische Ministerpräsident die Flucht nach vorn angetreten. Doch seine Kritik an Hartz IV geht am Kern der Sache vorbei, weil sie sich nur auf eine zeitliche Verschiebung des Übels und Randfragen richtet. Der Vorsitzende der PDS-Landtagsfraktion, Prof. Porsch, dazu: Das wäre lediglich eine Vertagung von Grausamkeiten. Und wenn Milbradt Datschen und Kleingärten bei der Vermögensbewertung ausklammern will, widerspricht das dem, was er im Bundesrat selbst mit beschlossen hat. Sein Ruf nach mehr Arbeitsplätzen bleibt platonisch. Porsch forderte den Ministerpräsidenten auf, zu sagen, welche konkreten Vorschläge er im Ver-

mittlungsverfahren zum Hartz-IV-Gesetz zu Gunsten der Arbeitslosen gemacht hat, die dann nicht berücksichtigt worden seien, und er möge verraten, welche realistischen Initiativen für mehr Arbeitsplätze er ergriffen hat. Er solle erklären, wieso er der sozialen Fehlkonstruktion Hartz IV überhaupt zugestimmt hat. Das Kabinett Milbradt, so Porsch, hat auch bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze eklatant versagt.

Bei einem Treffen der PDS-Fraktion mit Vertretern von Arbeitsloseninitiativen und mit von Hartz IV persönlich betroffenen Langzeitarbeitslosen im Gebäude des Sächsischen Landtags wurde der Start einer Massenpetition an den Bundestag beschlossen. In der von der PDS-Landesvorsitzenden Dr. Cornelia Ernst initiierten Petition heißt es unter der Über-

schrift „Hartz IV führt zu Massenarmut – Rücknahme entsprechender Gesetze dringend notwendig!“. „Die vom Deutschen Bundestag beschlossenen Bestimmungen ... führen zur Absenkung des Lebensniveaus all jener, die bisher Arbeitslosenhilfe erhalten. Damit wird Armut in Deutschland zur Massenerscheinung.“

Die PDS-Fraktion hat einen Antrag auf Aussetzung von Hartz IV in den Landtag eingebracht: Das Parlament soll sich für die sofortige Aussetzung von Hartz IV aussprechen, und die Regierung soll gegenüber dem Bund entsprechend tätig werden.

Zum Ergebnis der Krisenrunde bei Kanzler Schröder äußerte Porsch, der Versuch, dem immer stärkeren Massenprotest mit einer Beruhigungsspielle begangen zu wollen, sei gründlich daneben gegangen.

Doppelzüngig (II)

LN. Während sich Ministerpräsident Milbradt (CDU) einerseits in einem Zeitungsinterview gegen die Lockerung des Kündigungsschutzes wendet, fordert er an anderer Stelle – in der Zeitschrift „Preußische Allgemeine Zeitung“ der Landsmannschaft Ostpreußen –, den Kündigungsschutz bei der Neueinstellung von Langzeitarbeitslosen über 50 Jahren ganz aufzuheben. Auch soll er nur noch für eine Betriebsgröße ab 20 Beschäftigten gelten. Das ziele letztlich, so Prof. Peter Porsch (PDS), darauf, dass es morgen für alle überhaupt keinen Kündigungsschutz mehr geben soll. Wie schon bei seinem Umgang mit Hartz IV zeige sich auch beim Thema Kündigungsschutz Milbradts Doppelzüngigkeit.

Billig-Pfleger?

LN. Zur Ankündigungen sächsischer Wohlfahrtsverbände, 1-Euro-Jobs für Langzeitarbeitslose zu schaffen, erklärt der PDS-Landtagsabgeordnete Dr. Dietmar Pellmann, Überlegungen zur Behebung des Arbeitskräftemangels im Altenpflegebereich seien sinnvoll. Das Vorhaben, Tausende derartiger Jobs für künftige Bezieher von Arbeitslosengeld II zu schaffen, sei aber ein völlig falscher Weg. Gebraucht würden in diesem sensiblen Bereich hoch qualifizierte Mitarbeiter, die Anspruch auf ein existenzsicherndes Einkommen haben. Gerade Wohlfahrtsverbände sollten sich verstärkt in die Front derer einreihen, die die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ablehnen.

DGB ist dabei

LN. Der DGB Sachsen beteiligt sich, wie sein Vorsitzender Hanjo Lucassen erklärte, weiter an den Montagsdemos im Freistaat. Die zuständigen DGB-Regionen seien mit den Organisatoren der Montagsdemos im Kontakt und entscheiden über die Teilnahme der Gewerkschaften. Der Druck nach Veränderungen bei Hartz IV sei weiterhin nötig, da zentrale Forderungen der Gewerkschaften noch nicht von Berlin aufgegriffen worden sind. Dabei gehe es vor allem um Veränderungen bei der Zumutbarkeit und der Leistungshöhe für künftige Arbeitslosengeld-II-Empfänger. Dort müsse nachgebessert werden. Er forderte die Parteien auf, die Demos nicht zu parteipolitischen Zwecken zu missbrauchen.

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im Juli

Arbeitslosen-Hoch, Lehrstellen-Tief

Vor allem weil viele junge Leute nach Beenden ihrer Lehre nicht in ein Arbeitsverhältnis über-



nommen werden, ist der Juli stets ein Monat mit steigender Arbeitslosigkeit. In diesem Jahr betrug der Anstieg im Arbeitsagenturbezirk Leipzig gegenüber dem Vormonat 1194 – in der Gruppe der Arbeitslosen unter 25 Jahren gab es einen Zuwachs um fast die gleiche Größe: 1179. Damit ergab sich Ende Juli ein Bestand an Arbeitslosen von 74 171 – ungeachtet gravierender Statistikbeschönigungen nur 29 weniger als im Juli 2003. In Sachsen insgesamt vollzog sich die Entwicklung in ähnlicher Relation. 394 997 waren Ende Juli arbeitslos gemeldet, rund 9500 mehr als im Juni. Nahezu jeder zweite Arbeitslose in Sachsen ist seit mehr als einem Jahr ohne Beschäftigung, die größte Anzahl in den Ostdeutschland.

Im Raum Leipzig ist die Anzahl der Langzeitarbeitslosen und potentiellen Hartz IV-Betroffenen im vergangenen Monat erneut gestiegen; es sind mittlerweile 34 045 (Juni: 33 788).

Während hier die Anzahl der in ABM Beschäftigten seit Juni geringfügig gewachsen ist (um 243 auf 2972), sank die Anzahl der in Weiterbildung Befindlichen von 2033 auf 1838.

Der „Ausbildungspakt“ hat noch keine messbaren Ergebnisse gebracht. Die Hoffnungen richten sich auf die nächsten Wochen. Für Ende Juli weist die Leipziger Arbeitsagentur aus: Betriebe und Verwaltungen meldeten 3018 Lehrstellen – 18 Prozent weniger als im Vorjahr. Dem stehen 8881 Bewerber gegenüber – 3 Prozent weniger. • G. L.

3. August

Dresden. Etwa 100 Globalisierungskritiker besetzen zwei Stunden lang eine Filiale des Mobilfunkanbieters Vodafone, um gegen Bilanztricks zu protestieren, mit denen das Unternehmen 20 Milliarden Euro Steuern sparen will.

4. August

Machern. Die Staatsanwaltschaft erhebt Anklage wegen Tatbeteiligung gegen Viola Ziermeier, die Ehefrau des wegen betrügerischer Finanzgeschäfte suspendierten Bürgermeisters Ralf Ziermeier.

5. August

Dresden. Innenminister Rasch teilt mit, dass im ersten Halbjahr die Anzahl der Verkehrstoten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 157 auf 143 und die der Verletzten von 10 556 auf 9 120 zurückging. Mit Alkohol am Steuer wurden 7300 Fahrer erwischt, 330 mehr als 2003.

6. August

Halle / Leipzig. Nach einer deutschlandweiten Studie ist die Anzahl der Arbeitslosen fast doppelt so hoch wie in den Statistiken der Arbeitsagenturen angegeben,

SACHSEN-CHRONIK

3. bis 16. August

da hier in ABM und Qualifizierungsmaßnahmen Befindliche, durch Statistik-Tricks Ausgegrenzte und andere nicht als arbeitslos geführt werden. In Sachsen gebe es fast 700 000 Arbeitslose gegenüber offiziell registrierten 395 000.

8. August

Dresden. Der PDS-Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag und Spitzenkandidat Prof. Dr. Peter Porsch weist unbewiesene Behauptungen des Magazins *Focus* zurück, er sei in den 70er und 80er Jahren als IM für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR tätig gewesen.

9. August

Dresden. Im Sachsenring-Untersuchungsausschuss des Landtags beschuldigt Hans Neufischer, ehemals Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium, Minister

Gillo (CDU), in der Affäre um das Weiterbildungsunternehmen QMF vor dem Landtag falsch ausgesagt zu haben.

10. August

Kamenz. Einer Erhebung des Landesamtes für Statistik zufolge hatten die Beschäftigten in Sachsen 2003 einen durchschnittlichen Nettoverdienst von 28 077 Euro und lagen damit 10 800 Euro unter dem Bundesdurchschnitt.

Leipzig / Berlin. Mit 29 Zügen ist Sachsen am stärksten von der Rückrufaktion bei Neigetechnik-Zügen wegen Rissen an den Achsen betroffen. Auf einer Reihe Strecken kommt es zu Zugausfällen und längeren Fahrzeiten.

Leipzig. Minister Gillo stellt in den Stadtwerken das „Energieprogramm Sachsen 2004“ vor, das die Ziele für die

nächsten zehn Jahre vorgibt. Danach bleibt die Braunkohle die wichtigste Energiequelle.

11. August

Berlin / Dresden. Eine Studie der Initiative „Neue soziale Marktwirtschaft“ und der „Wirtschaftswoche“ zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesländer stellt fest, von 2001 bis 2003 habe Sachsen die größten Fortschritte gemacht.

Zwickau. Die Staatsanwaltschaft beginnt Ermittlungen gegen die CDU-Landtagsabgeordnete und Bürgermeisterin von Hartmannsdorf, Kerstin Nicolaus, wegen des Verdachts des Betruges und der Untreue im Zusammenhang mit der Zahlung von Fluthilfegeldern.

13. August

Leipzig. Bei der neuesten Umfrage zur bevorstehenden Landtagswahl sinkt die CDU in der Wählergunst (810 Befragte aus ganz Sachsen) auf 45 Prozent (Mitte Juli noch 54). Grüne und FDP kommen danach über fünf Prozent, die SPD erreicht 10, und die PDS erlangt 25 Prozent der Stimmen.

Thälmann ist niemals gefallen ...?

Voller Inbrunst sangen wir als Pioniere auch diese Liedzeile. Und so lebte Teddy tatsächlich ein bisschen in unseren Herzen weiter, als Held des Hamburger Aufstandes und als Kommunist, der die stimmige Parole geprägt hatte: Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg. Geschichte war uns Kindern nicht fremd. Mich jedenfalls hat es sehr geprägt, als mich ein väterlicher Freund durch Buchenwald führte und wir geradewegs – noch ehe er mir den Bock zeigte, auf dem er fast zu Tode geprügelt wurde – zum Hintereingang des Krematoriums gingen. Denn hier in diesem engen Hof wurde Ernst Thälmann am 18. August 1944 hinterrücks erschossen und sofort verbrannt. Alle Geheimhaltung der Mordtat nützte nichts. „Wir wollen in Thälmanns Namen geloben, unseren Kampf ohne Furcht und Zagen fortzusetzen, wie er es uns aufgetragen hat“, schworen Genossen der illegalen Lagerleitung auf einer geheimen Trauerfeier in den Kellerräumen der Desinfektionsabteilung des Lagers. Wenige Tage später wurde bekanntgegeben, der Vorsitzende der verbotenen Kommunistischen Partei sei bei einem Bombenangriff auf Buchenwald ums Leben gekommen. So wie der Sozialdemokrat Breitscheid? Womöglich hat bei seiner Ermordung die Geheimhaltung nur besser funktioniert. Daran musste ich denken, als ich dieser Tage einen sehr berührenden Aufsatz eines Mädchens las, das mit seiner Klasse in Buchenwald war. Einfühlsam schilderte die Schülerin, wie entwürdigend, wie er-



bärmlich das Leben eines KZ-Häftlings war. Aber dann steht da plötzlich: „Und nur weil du Jude bist!“ Und ich begreife, dieses Kind glaubt (weil es ihm glauben gemacht wird?), in den Konzentrationslagern seien ausschließlich Juden gewesen. Als wären diese Stätten des Terrors nicht zuallererst für Kommunisten, aber auch für widerständige Sozialdemokraten und aufrechte Gewerkschafter eingerichtet worden, ja sogar für aufrechte Christen – um sie durch Arbeit und Hunger und Folter zu vernichten. Ernst Thälmann hat sich in all den elf Jahren seiner Zuchthaushaft keiner Illusion hingegeben, dass ihn die Hitlerei überleben lässt. Anfang 1944 schreibt er in einem Kassiber an einen Mithäftling: „Wird man mich so ohne weiteres aus der

Kerkerverbanung wieder in die große Welt zurückkehren lassen? Nein! Freiwillig ganz bestimmt nicht.“ Er wusste, dass ihn das faschistische Regime beim Vorrücken der Sowjetarmee „vorzeitig beiseite schaffen oder aber für immer erledigen“ wird.

Thälmann, der einfachen Verhältnissen entstammte, keinen Beruf erlernte, weil er einmal das kleine Geschäft der Eltern übernehmen sollte, der auch nie studierte, war ein in den Wirren der Zeit geschulter Klassenkämpfer und ein aufwühlender Agitator, der dennoch nur zu gut wusste: Agitation macht die Menschen nicht satt. Der alltägliche Kampf um Lohn und Brot, der Kampf gegen Unterdrückung und Terror und vor allem gegen die imperialistische Kriegspolitik bestimmte sein Leben. Die junge Sowjetunion war ihm dabei „leuchtendes“ Vorbild. Warum auch nicht? In der Oktoberrevolution, im Sieg der einfachen Arbeiter, Bauern und Soldaten über die Großgrundbesitzer und Kapitalisten sah er den größten Umsturz der Geschichte der Menschheit, der das Gesicht der Erde verändert hat. Mögen ihm Historiker heute seinen bedingungslosen Glauben an Stalin vorwerfen, aber was denn tun, wenn die starke deutsche Sozialdemokratie, der potentielle Verbündete, eine antisowjetische Hetzkampagne nach der anderen führt, schließlich sogar eine gegen den „roten Imperialismus“?

Glücklich, wer in diesen heißen Zeiten immer alles richtig machte. Andererseits, war es denn falsch, wenn er die Steigbügelhalterpolitik führender Sozialdemokraten entlarvte? So angesichts einer Erklärung im „Vorwärts“ vom 25. März

1932, in der es tatsächlich hieß: „Ohne Rücksicht auf staatsrechtliche Erwägungen kann es ein Gebot der politischen Klugheit sein, sie (die NSDAP) an die Macht heranzulassen.“ Für Thälmann war eine solche Haltung, die auf ein baldiges Abwirtschaften der Nazis setzte, der größte und schamloseste Betrug an den Massen.

Hätte es nur mehr solcher klaren Worte gegeben.

Nichtsdestotrotz schreibt er in einem anderen Kassiber ebenfalls aus dem Frühjahr 1944: „Gewiß, wir sind auch keine reinen Unschuldengel, die unbelastet und unbeschwert von allem dastehen. Auch wir haben in der Vergangenheit schwere und teilweise große politische Fehler gemacht, leider manches versäumt und unterlassen, was wir in dem verschlungenen Wirrwarr des Zeitgeschehens hätten tun müssen, um dem Faschismus den Weg zur Staatsmacht zu versperren. Wir haben unsere Fehler erkannt, durch Selbstkritik offen ausgesprochen, sie korrigiert und haben neue Wege auf dem Gebiet der Politik, der Propaganda und des Massenkampfes eingeschlagen. ... Diese Tatsache und vieles andere, insbesondere aber unser unausgesetztes Opfer im Kampf gegen den Faschismus, sind und bleiben ein großes Plus für unsere Politik und haben uns Vertrauen gebracht. Der Größe eines politisch handelnden Menschen wird man nur dann ganz gerecht, wenn man ihn nicht allein danach beurteilt, was er erreicht, sondern auch danach, was er gewollt hat.“

Das aber, was Thälmann wollte, Glück und Frieden für alle, das macht den Kommunisten in den Augen der Konservativen bis heute verdächtig. Und es führte dazu, das Kinder kaum noch seinen Namen kennen.

• MAXI WARTELSTEINER

Zu einem Zeitpunkt als das Hitlerregime in Agonie lag, fand Rudolf Breitscheid am 24. August 1944 bei einem Luftangriff auf das Außenlager des KZ Buchenwald den Tod.

Sein Leidensweg hatte begonnen, als ihn die französische Polizei im Februar 1941 verhaftete und zwei Tage später, ebenso wie Rudolf Hilferding, in Paris der Gestapo auslieferte. Hilferding nahm sich im Gefängnis La Santé das Leben. Breitscheid wurde in die berüchtigte Gestapo-Zentrale nach Berlin überführt und monatlichen Verhören ausgesetzt. Mit seiner Frau Tony wurde er Januar 1942 in einem Sonderhaus des KZ-Sachsenhausen interniert und ab September 1943 im Sonderlager „Fichtenhain“ des KZ Buchenwald einer strengen Isolierhaft unterworfen.

Sein tragischer Tod geschah sechs Tage nach der Ermordung Ernst Thälmanns im dortigen Krematorium. Der hatte noch 1931 Breitscheids Appell zur Einheit als „neues Manöver des Sozialfaschismus“ abgewiesen. Eine Erwiderung blieb nicht aus. So blockierte man sich gegenseitig, statt das antifaschistische Potential zu mobilisieren. Diese bitteren Erfahrungen hinderten Breitscheid keineswegs, dem inhaftierten Thälmann nach 1933 hohen Respekt zu zollen und sich im internationalen Komitee für dessen Befreiung einzusetzen. Der Kölner Breitscheid, Jahrgang 1874, wuchs in kleinbürgerlich-protestantischen Verhältnissen auf. Dem Gymnasium schlossen sich Studium und Promotion an. Sein politisches Wirken begann er als Journalist. Aus links-liberalem Milieu kommend, fand er 1912 den Weg zur SPD, die er bis 1920 als Stadt- und Landtagsabgeordneter vertrat. Nach Ausbruch des Krieges stand er in Opposition

Rudolf Breitscheid zum Gedenken

zu deren „Burgfriedenspolitik“; seit 1917 gehörte er der USPD an. Breitscheid verurteilte den Eintritt von Sozialdemokraten in die letzte kaiserliche Regierung, er forderte den Bruch mit dem alten System und attackierte die Halbheiten der Ebert & Co in der Novemberrevolution. Aber sein Postulat, sich „vollständig von dem Gedanken zu emanzipieren, dass es im bürgerlichen Staat eine wahre Demokratie geben kann“, offenbarte seine Widersprüchlichkeit zwischen Wort und Tat. Er verdrängte richtige Einsichten und machte den Frieden mit der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie. Gleichzeitig grenzte er sich von der jungen KPD ab.

Mit der Rückkehr der USPD zur Mutterpartei 1922 verband sich sein Aufstieg zu einem markanten Politiker der Weimarer Republik, sozusagen zum „geheimen Außenminister der SPD“. Die Sicherung des Friedens stand für ihn im Mittelpunkt. Er unterstützte weitgehend die auswärtige Politik des Ressortchefs Gustav Stresemanns, die die Westbindung des Landes, die Aussöhnung mit Frankreich, den Eintritt in den Völkerbund sowie dessen Reform vorsah.

Trotz der Angriffe aus den eigenen Reihen beförderte er den Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 24. April 1924 als Fortführung des Rapallo-Vertrages. Seit 1930 schenkte er der Gefahr der Nazibewegung für Republik und Arbeiterbewegung erhöhte Aufmerksamkeit. Er sah das „einheitliche Ziel des Faschismus in der Beseitigung der De-



mokratie und der Zurückweisung der Ansprüche einer klassenbewussten Arbeiterschaft im Interesse des Kapitals“. Gravierender war allerdings das Fehlen einer den Realitäten gerecht werdenden Strategie der antifaschistischen Abwehr – und das zu einem Zeitpunkt, als die Feinde von Rechts längst den Boden der Rechtsstaatlichkeit mit Füßen traten. Das galt nicht nur für die NSDAP, sondern ebenso für das Präsidialkabinett Brüning, dessen Tolerierung er als „letztes Bollwerk der Demokratie“ befürwortete, ebenso wie die Wiederwahl Paul von Hindenburgs zum Reichspräsidenten als „Hüter der Verfassung“. Zwar wuchsen seine Zweifel an der „Politik des kleineren Übels“, besonders nach dem Pa-

pen-Staatsstreich gegen Preußen, aber er verdrängte erneut gewonnene Einsichten, wohl auch aus Parteiräson.

Sein trotziges „Nach Hitler – wir“ sollte sich nicht erfüllen. Am 2. April 1933 musste er mit seiner Frau in die Schweiz flüchten und danach nach Paris.

Von Anbeginn war sein Verhältnis zum Prager Vorstand der SOPADE gespannt. Wenn auch zögernd, begann er sich von der kapitulantenhaften sozialdemokratischen Politik zu lösen und gelangte zu selbstkritischen Wertungen. Er suchte nach einem „Modus vivendi“ zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, stellte das Gemeinsame in den Vordergrund, bekannte sich am 15. Dezember 1935 zur antifaschistischen Einheitsfront. Besondere Aktivitäten entwickelte Breitscheid gemeinsam mit Heinrich Mann und Willi Münzenberg für den Zusammenschluss der antifaschistischen Emigration im „Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ (Lutetia-Kreis). Er begriff den Kampf gegen den drohenden Krieg als Kampf gegen den Faschismus in Europa.

Am 24. September 1944 fanden sich die Vertreter der Exilgruppen erstmalig zu einem gemeinsamen Meeting im schwedischen Malmö zusammen, um Rudolf Breitscheids, Ernst Thälmanns und Wilhelm Leuschners zu gedenken, als Ausdruck der Einheit im Leiden, aus der die Einheit des künftigen Handels erwachsen sollte. Auf dem Südwest-Friedhof in Stahnsdorf fand Rudolf Breitscheid seine letzte Ruhestätte. • HELMUT ARNDT

Sozial ohne Wenn und Aber

Rot/Grün und CDU übertreffen sich darin, die Lebensbedingungen der Menschen zu verschlechtern. Rentnerinnen und Rentner müssen fürchten, dass die Rente nicht nur nicht mit den Einkommen mit wächst, sondern sogar effektiv weniger wird. Dafür werden sie nach einem langen Arbeitsleben auch noch zu Schuldigen gemacht: Sie würden auf Kosten der jüngeren Generation leben, heißt es. Wer auf Arbeitslosenhilfe angewiesen ist, soll ab 2005 in ein Dasein am Rande des Existenzminimums gedrängt werden. In Sachsen hat sich von 1991 bis 2001 die Zahl der Menschen, die Sozialhilfe beziehen mussten, fast verdoppelt. Wer krank ist, wagt sich nicht mehr zum Arzt, aus Angst vor den Kosten. Das gab es in Sachsen schon sehr lange nicht mehr – dass man aus Furcht, die Medizin nicht bezahlen zu können, nicht zum Doktor geht!

Und die CDU in Sachsen ist immer vorne dran, wenn soziale Leistungen „abgesenkt“ werden, wie asoziale Politik vornehm umschrieben wird. An Aufwendungen für soziale Arbeit wird unablässig gespart. Besonders zu spüren bekommen das Kinder, Jugendliche und Familien – und die vielen Vereine und Träger der sozialen Arbeit, die sich um die Probleme der Menschen kümmern.

Für die PDS ist die soziale Frage der Dreh- und Angelpunkt der Politik. Deutschland muss sozial werden! Nur wer die Sozialsysteme erhält, kann sie modernisieren. Der erste Schritt wäre gerechterweise die Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger in die gesetzliche Kranken-, Pflege- und Rentenversiche-

rung, unabhängig davon, welchen Status sie haben, welche Tätigkeit sie ausüben oder wie hoch ihr Einkommen ist. Die private Krankenversicherung ist abzuschaffen oder nur für Zusatzleistungen zu dulden.

Die Sozialarbeit, das Gesundheitswesen und Kinder- und Jugendeinrichtungen müssen der Profitmacherei entzogen werden. An Kranken darf sich niemand gesundstoßen. Wir sind gegen weitere Privatisierungen in diesem Bereich. Wenn es um Gesundheit und Krankheit, Leben und Sterben geht, muss die Frage, was es kostet, ob es sich „rechnet“, wieder hinter das humane Prinzip zurücktreten.

Der Reichtum, der in Deutschland und in Sachsen erwirtschaftet wird, muss gerecht verteilt werden. Deshalb wollen wir die Unternehmen zur Finanzierung der Solidarsysteme heranziehen. Und zwar entsprechend ihrer Wertschöpfung, nicht entsprechend der Bruttolohnsumme, die sie ihren Beschäftigten zahlen. Denn heute werden diejenigen belohnt,

die wenige Menschen beschäftigen und große Gewinne einfahren, während die anderen, die viele Menschen beschäftigen und dadurch geringere Gewinne haben, bestraft werden.

Sage niemand, dies alles sei nur Bundesangelegenheit. Landesregierungen haben durchaus die Möglichkeit, z. B. über Bundesratsinitiativen in die Bundespolitik einzugreifen. Sie müssen nur wollen.

Ein sozial gerechtes Sachsen braucht:

- einen starken öffentlichen Gesundheitsdienst: deshalb keine weitere Privatisierung von Krankenhäusern, mehr öffentliche Mittel für die Gesundheitsprävention,
 - ein gut funktionierendes System der Pflege: deshalb eine Pflege-Bedarfsplanung für Sachsen einführen und die Qualitätsstandards in der Pflege wirksamer kontrollieren, Pflegerinnen und Pfleger haben ein Recht auf tariflichen Lohn,
 - ein Leistungsgesetz für behinderte Menschen und ein Förderprogramm zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Behinderte, vor allem behinderte Frauen,
 - ein Landesblindengeld, das mit dem Einkommensniveau wächst,
 - einen sächsischen Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung, denn die wirkliche soziale Lage wird bisher nicht transparent gemacht,
 - Planungssicherheit für soziale Einrichtungen, Verbände und Projekte; das geht nur mit einer Regelfinanzierung. Regelfinanzierung verlangen wir vor allem für Frauen- und Kinderschutzhäuser.
- Das Recht auf Wohnung gehört als Grundrecht in die Landesverfassung. Dafür treten wir ein. Wohnen muss für alle

**EIN ANDERES
SACHSEN
IST MÖGLICH**

**Aus dem Wahlprogramm
der PDS Sachsen
zu den Landtagswahlen
am 19. September 2004 (III)**

Bildung, Kultur und Sport ohne soziale Schranken

In Sachsen wird seit Jahren heftig um **Niveau und Qualität der Bildung** gestritten, um Kindergarten, Schule und Studium. Die CDU-Regierung hat auf diesem Gebiet eindeutig versagt. Sie ist den Anforderungen der Wissens- und Informationsgesellschaft nicht gewachsen. Innovation? Fehlanzeige! Stattdessen jahrelang hektische Experimente. Statt dem Volksantrag „Zukunft braucht Schule“ und den zahlreichen Vorschlägen von Eltern, Initiativen und Gewerkschaften zu folgen, blieb die CDU in ihrer Bildungspolitik meilenweit hinter den Anforderungen von PISA zurück. Inzwischen ist die Lage vielfach krisenhaft. Schülerinnen und Schüler können nicht mehr sicher sein, eine ausreichend solide Bildung zu erhalten, die sich an der europäischen Spitze orientiert. Eltern, Lehrer, Studenten und Wissenschaftler fühlen sich von der Politik alleingelassen.

Für uns Sozialistinnen und Sozialisten ist der Streit um Bildung kein Nebenschauplatz. Er zielt auf den Kern der sozialen Frage. Die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen wollen, dass öffentliche Mittel dort eingesetzt werden, wo es den meisten Menschen am meisten nützt. Das heißt, dass Geld für Bildung allen gleichermaßen zugute kommt, nicht vorrangig irgendwelchen vermeintlichen

Eliten.

Deshalb sagen wir: Mehr Geld für die Kinder – weil es unsere Kinder und weil es unsere Steuergelder sind. Wir wollen nicht, dass Millionen und Milliarden in überdimensionierten Straßenbauprojekten versickern, so lange die Ausstattungen der Schulen mangelhaft sind, Kinder weite Schulwege in Kauf nehmen müssen, die Schülerzahlen in den Klassen zu groß sind und Lehrerinnen und Lehrer nicht tarifgerecht bezahlt werden, in Teilzeit arbeiten und mit hohen Stundenkontingenten belastet sind. Unsere Lösung ist: Bildung statt Beton! Auch die Kitas sind Einrichtungen der Bildung und Erziehung. Für sie darf es keine Zugangsbeschränkungen (beispielsweise zu Ungunsten der Kinder arbeitsloser Mütter oder Väter) und keine soziale Auslese durch die Elternbeiträge geben. Jedes Kind hat einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte in Wohnortnähe. Die PDS setzt sich für eine elternbeitragsfreie Hortbetreuung und langfristig für eine generell beitragsfreie Kinderbetreuung ein.

Schule und Studium dürfen nicht die Orte weiterer Umverteilung von unten nach oben werden! Kinder aus ärmeren Familien müssen deshalb konsequent und großzügig Lernmittelfreiheit (Schulbücher) genießen, ohne dafür dankbar oder

„brav“ sein zu müssen. Unterrichtsmittel sollen für alle kostenfrei zur Verfügung stehen. Alle Kinder sollen auch die vielfältigen außerschulischen Bildungsmöglichkeiten in den Bereichen Kunst, Sport, Technik nutzen können. Allen Kindern in Sachsen die gleichen Möglichkeiten zu geben, ihre Talente zu entdecken und auszubilden ist eine Frage der politischen Kultur.

Zur politischen Kultur gehört auch die Förderung der sorbischen Sprache sowie die Kultur- und Bildungsautonomie des sorbischen Volkes. Zweisprachige Ausbildung in Kindertagesstätten und Schulen und die Weiterführung dementsprechender Projekte sind ein Gewinn für alle Kinder und eine Chance im erweiterten Europa.

Über zwei Drittel der **Studierenden** in Sachsen sind Töchter und Söhne besser- und sehr gut verdienender Eltern. Die Kinder von Lohnabhängigen in Produktion und Dienstleistung und von kleinen Angestellten haben in Sachsen deutlich schlechtere Möglichkeiten, auf das Wissen der Menschheit zuzugreifen. Sie haben deshalb auch schlechtere Chancen auf besser bezahlte berufliche Positionen. Sachsen braucht Konzepte und öffentliche Mittel, um Kindern, die in einkommensschwächeren Familien aufwachsen, gezielt den Einstieg in akade-

bezahlt sein. Für Einkommensschwache muss menschenwürdiger Wohnraum zur Verfügung stehen, den sie sich leisten können. Alternative Wohnformen sollen vom Freistaat gefördert werden.

Wir in Sachsen brauchen ein Regierungs-Programm gegen Altersarmut. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ostdeutschen in Renten-Angelegenheiten mit den Westdeutschen gleichbehandelt werden. Strafrenten gegen einstige Bürger der DDR, die sich für den Staat engagiert haben, müssen annulliert werden. Sie gehören in die Zeit des Kalten Krieges!

Wir wollen ein sozial gestaltetes Sachsen, nicht zuletzt deshalb, weil wir ein sozial gestaltetes Europa wollen, ein Europa, in dem soziale Mindeststandards festgeschrieben sind. Wir wollen ein Europa, in dem nirgendwo mehr Kinder in Armut und Frauen in Abhängigkeit von Männern leben müssen. Wir wollen ein Europa, in dem soziale Gerechtigkeit, die Verpflichtung zum Frieden in- und außerhalb der europäischen Union und Solidarität höchstes Anliegen sind.

Fakten aus Sachsen

Sozialhilfeempfänger. 134 000 Bürger Sachsens – Anzahl steigend – sind auf Sozialhilfe angewiesen. Darunter sind 51 000 Kinder und Jugendliche.

Ärztmangel. In Sachsen fehlen 50 Hausärzte, besonders in ländlichen Gebieten, und 300 Klinikärzte. Vor allem junge Ärzte verlassen das Land.

Krankenhauskommerz. Sachsen hat mit einem Privatisierungsgrad der Krankenhäuser von 22,1 Prozent – gemessen an der Bettenanzahl – einen Spitzenplatz weit über dem Bundesdurchschnitt vom 6,1 Prozent.

Schulschließungen. Das Schulsterben soll sich nach dem Willen der Landesregierung fortsetzen. In 81 Mittelschulen und 11 Gymnasien soll es künftig keine 5. Klassen mehr geben.

Abbau an Hochschulen. Nachdem bis 1999 an Universitäten und Hochschulen rund 1000 Stellen gestrichen wurden, sollen 2004 weitere 415 und bis 2008 nochmals 300 wegfallen.

Kulturverluste. Theater, Orchester und Museen sehen sich zunehmend einem Druck zur Fusionierung und zur Leistungseinschränkung ausgesetzt. Die freie Kunst- und Kulturszene einschließlich der Soziokultur leidet unter verringerter Förderung. Die Anzahl der öffentlichen Bibliotheken ging von 1991 bis 2001 von 1248 auf 615 zurück.

mische Berufe zu ermöglichen. Begabungen sollen gefördert werden. Wir sagen aber jeglichem neoliberalen Elite-Modell den Kampf an. Es widerspricht dem Gleichheitsprinzip, führt zu neuen Verteilungs-Ungerechtigkeiten und reproduziert das System sozialer Ungleichheit. Die universitäre Bildung ist öffentliches Gut, weshalb das Studium allen, ungeachtet ihrer sozialen Herkunft oder ihrer Kaufkraft, offen stehen muss. Deshalb: Keine direkten oder indirekten Studiengebühren! Der lebenslange Zugang zu höherer Bildung und Weiterbildung ist ebenfalls ein Element sozialer Gerechtigkeit und sozialer Gestaltung.

Wir wollen eine moderne Schule in Sachsen. Eine Reform ist unumgänglich. Das heißt für uns:

Fortsetzung auf Seite 9

Zum Tod von Wolfgang Ullmann

Als um die Jahreswende 1989/1990 die Diskussionen am Zentralen Runden Tisch übertragen wurden, fiel dem Fernsehzuschauer dort ein vitaler älterer Herr auf, der sich durch profundes Wissen, präzise Argumentation und scharfzüngige Einwürfe hervortat. Sein Name war Wolfgang Ullmann, ein früherer Pfarrer, der als Professor für Kirchengeschichte, Philosophie und Verwaltungsrecht an einer kirchlichen Hochschule der DDR lehrte. Am Runden Tisch vertrat er die jüngst entstandene Bürgerrechtsgruppe „Demokratie jetzt!“, zu deren Begründern er zählte. Das politische Engagement Wolfgang Ullmanns setzte sich fort im Bündnis 90/Die Grünen. Er wurde Abgeordneter der Volkskammer der DDR und Minister der Modrow-Regierung, später Abgeordneter des Bundestages und des Europa-Parlaments. In seinen letzten Jahren trat er mit gewichtigen Artikeln in der Ost-West-Wochenzeitung „Freitag“ an die Öffentlichkeit.

Kürzlich ist Wolfgang Ullmann gestorben. Es ist aussichtslos, einen so vielseitig beschlagenen Mann, den man in früheren Zeiten wahrscheinlich als „Polyhistor“ verehrt hätte, in Kürze gebührend würdigen zu können. Er verkörperte bestes demokratisches Bildungsbürgertum, dessen historische Wurzeln bis in die



Frankfurter Paulskirche von 1848 zurückreichen. Mit dem stürmischen Herbst '89 verband sich für Ullmann die Erwartung, dass nunmehr die demokratischen Ideale der Achtundvierziger in Deutschland endlich Geltung erlangen würden. Am Zentralen Runden Tisch zeichnete er sich als rühriges Mitglied der Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR“ aus, deren Entwurf am 4. April 1990 den Mitgliedern der Volkskammer übergeben wurde. In dem künftigen deutschen demokratischen Gemeinwesen sollte nach Ullmanns Vorstellung

die direkte Teilhabe der Bürger an politischen Entscheidungen entschieden ausgeweitet werden. Die Ignoranz, mit der man nach 1990 den Verfassungsentwurf des Runden Tisches überging und damit einen fruchtbaren politischen Dialog zwischen Ost und West im Sinne des Artikels 146 GG gar nicht erst aufkommen ließ, enttäuschten Ullmann zutiefst.

In der Modrow-Regierung fungierte Minister Ullmann als eine Art basiskritischer Begleiter. Für das erste Treuhandkonzept schlug er vor, das Volkseigentum der DDR in Anteilsscheine umzuwidmen und damit die Arbeiter und Angestellten der Betriebe zu persönlichen Anteilseignern am Volkseigentum zu machen. Näherte sich Wolfgang Ullmann damit nicht schon räterepublikanischen Idealen? „Nach unseren Begriffen ist es die Bewusstheit der Massen, die den Staat stark macht“, hatte Lenin 1917 im Smolny verkündet. „Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewusst tun.“ In einem kurzen persönlichen Gespräch fand ich bei ihm jedenfalls den Sozialismusbegriff durchaus positiv besetzt.

Ullmanns Vorstellungen von unmittelbarer Demokratie in Deutschland mussten mit den Praktiken der sieg-

reichen realkapitalistischen Gesellschaft und dem einheimischen Heer der Anschlussheischenden in Konflikt geraten. Regina General berichtet, dass an der Tür zu seinem Arbeitszimmer noch über Jahre ein Foto aus dem „Sonntag“ hing: „Der Sitzungsraum der Volkskammer, leere Bänke, in der Mitte ein einsamer Mann: Hans Modrow.“ Wolfgang Ullmann verfolgte die Entwicklung in „Deutschland einig Vaterland“ mit scharfem Blick und kommentierte sie schonungslos im „Freitag“, dessen Mitherausgeber er geworden war. Seinen letzten Artikel widmete er dem „Stasi-Opfer Helmut Kohl“. Wir erfahren darin von tausenden Seiten protokollierter Telefongespräche zwischen dem früheren CDU-Bundeskanzler und Persönlichkeiten der DDR-Führung, deren Offenlegung eines Tages eine wahrhaftigere Darstellung vom deutschen Vereinigungsprozess abgeben dürfte, als sie die heute gängigen Bilder vom drängenden Volk an der Bornholmer Straße und vom stotternden Günter Schabowski auf der Pressekonferenz am 9. November '89 hergeben.

Mit Wolfgang Ullmann haben wir einen Demokraten jener kultivierten und couragierten Spezies verloren, die leider selten geworden ist. Wir sollten ihn in Erinnerung behalten.

• HELMUT WARMBIER

Fortsetzung von Seite 8

- Das integrative Lernen muss an die Stelle des landesweit gescheiterten Verfahrens treten, bereits nach der vierten Klasse „Eliten“ für das Gymnasium zu bilden.
- Wir sind gegen die Reproduktion der alten Geschlechterstereotype in unserer Schule. Wir sind für gleiche Bildungschancen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen.
- Wir sind für interkulturelles Lernen und weltanschauliche Pluralität, im Gegensatz zur Propagierung einer abendländischen Leitkultur.
- Wir wollen, dass die Umweltbildung ein integriertes Prinzip im Unterricht wird.
- Wir wollen eine Schule, in der die Prinzipien „Freiheit, Gleichheit, Solidarität“ nicht nur vermittelt werden, sondern in der diese auch erlebbar sind. Wir wollen, dass faschistischem Denken und Handeln auf diese Weise frühzeitig der Boden entzogen wird. Wir treten dafür ein, das Fach Religionskunde, Ethik und Lebensgestaltung einzuführen.
- In einer Klasse sollen nicht mehr als 25 Schüler sein.
- Das in Sachsen herrschende Verbot der Gesamtschule muss sofort aufgehoben und Ganztagschulen müssen angeboten werden.
- Wir treten für die Förderung des Sports in Sachsen ein, vor allem des Breitensports. Sportstätten für den Breitensport sollen neu geschaffen und erhalten werden.



- An unseren Schulen muss endlich uneingeschränkte Demokratie einziehen! Wir verwahren uns gegen alle autoritären Tendenzen an der Schule und stehen an der Seite der Schülerinnen und Schüler, wenn sie ihr Recht auf Meinungsfreiheit, auch in politischen Fragen, einfordern.
- In den Schulkonferenzen müssen die Rechte von Schülerinnen und Schülern und Eltern gestärkt werden. Auch bei der Wahl der Schulleitung.
- Wir setzen uns für jahrgangübergreifenden Unterricht ein.
- Kopfnote müssen abgeschafft werden.
- Wir solidarisieren uns mit den Kindern

und Jugendlichen im ländlichen Raum, die von der Landesregierung vernachlässigt werden. Möglichst viele ihrer Schulen sollen erhalten bleiben und auf kurzen Wegen erreichbar sein. Busfahrten zur Schule dürfen nicht die Eltern belasten.

Sachsen ist eine bedeutende **Kulturregion** in Deutschland und Europa mit einer historisch gewachsenen Kulturlandschaft, die es lebendig zu erhalten gilt. Die CDU-Landesregierung aber will sich aus einer Reihe finanzieller Verpflichtungen für Kunst und Kultur zurückziehen. Die „Leuchtturmpolitik“, die bereits im wirtschaftlichen Bereich zu

Disproportionen und Ungerechtigkeiten geführt hat, soll nun auf die Kultur angewandt werden. Für die CDU ist nur die Hochkultur in den städtischen Zentren interessant – damit lässt sich repräsentieren. Basis- und Soziokultur sind jedoch eine unverzichtbare Weise demokratischen Zugangs zu Kultur, allgemeiner Verfügung über Kultur. Sie sind Grundlage kulturvoller Lebensweise.

Kleinere Theater und Orchester im ländlichen Raum müssen erhalten bleiben. Wir wenden uns entschieden gegen die konzeptionslose Kürzung der Kulturhaushalte. Wir wollen ein Landeskulturkonzept für Land und Kommunen in Sachsen.

Konkret setzt sich die PDS ein für:

- den Wiederaufbau und Ausbau der kulturellen Infrastruktur im kommunalen Bereich,
 - die unbefristete Verlängerung des Kulturraumgesetzes einschließlich der Dynamisierung seines Finanzrahmens,
 - eine demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, wenn es um Entscheidungen über die Kultur auf dem Lande geht,
 - die verstärkte Förderung der musischen Bildung von Kindern und Jugendlichen,
 - die ausreichende Finanzierung der Stiftung des sorbischen Volkes und anderer sorbischer Organisationen,
 - die enge kulturelle Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn und Migrantenorganisationen.
- Wir wehren uns dagegen, dass am Breitensport gespart wird.

Zu: „Steht die Kultur zur Disposition?“
LN 23. Juli

Verbundgründung – eine kreative Lösung

Die Einwohnerzahl in Halle ging in den vergangenen zehn Jahren von 340 000 auf 237 000 zurück. Ein demografisches Desaster, das in absehbarer Zeit bestenfalls zu stoppen, nicht aber umzukehren ist, erfordert auch im Kulturbetrieb seinen Tribut. Zwei A-Orchester in einer Größenordnung von je mehr als 90 Musikerinnen und Musikern und den dazugehörigen Verwaltungen kann die Stadt Halle (Saale) nicht mehr vorhalten.

Um diese schwierigen Zeiten einigermaßen mit Anstand zu überstehen, sind Wege, die kreative Lösungen anbieten, existentiell. Die Verbundgründung der beiden A-Orchester (Opernhaus und Philharmonie) in Halle (Saale) ist zweifellos eine solche.

So sehen das nicht nur die Halleschen Stadtratsfraktionen und der Beigeordnete für Kultur, Dr. Hans-Jochen Marquardt (von der PDS-Fraktion aufgestellt), sondern auch die Intendanten von Opernhaus und Philharmonie sowie die jeweiligen Orchestervorstände.

Nach der geplanten Fusion werden Musiktheater und philharmonische Konzerte zwei gleichberechtigte und gleichgewichtige Säulen für das neue Theater- und Konzertorchester bilden, welches zudem auch die Funktion eines Staatsorchesters weiter erfüllen wird.

Nach der Fusion werden dem Orchester 156 Musikerinnen und Musiker angehören. Es besteht damit auch künftig die Möglichkeit, an einem Abend zugleich eine Wagner-Oper und eine Mahler-Sinfonie aufzuführen. Für das Händelorchester eröffnen sich günstigere Möglichkeiten als bisher.

Die zu streichenden ca. 30 Stellen (Verwaltung und Orchester) werden über einen längeren Zeitraum durch sozialverträgliche Rentenmodelle realisiert.

Auch in der Halleschen Kulturszene (58 Mill. Euro 2004, das sind 9,5% des städtischen Haushalts) sind Sparpotentiale zu erschließen. Alle Verantwortlichen sorgten bisher dafür, dass dies mit Verstand und Augenmaß geschieht.

Unter diesen Umständen kann die Feststellung Prof. Wolfs, „im benachbarten Halle geht das Philharmonische Orchester in dem des Opernhauses auf, das heißt es verschwindet“, nicht unkommentiert stehen bleiben.

• **DR. URSULA WOHLFELD**
PERSÖNLICHE REFERENTIN
DES BEIGEORDNETEN FÜR
KULTUR, BILDUNG
UND SPORT IN HALLE

Zwischen zwei Spielzeiten übt für den Konzertbesucher die Erinnerung an Gehörtes und der Blick in die neuen Jahresprogramme einen eigenen Zauber aus. Man freut sich nochmals über große Erlebnisse und zugleich auch auf kommende in den jeweils 24 Anrechtskonzerten des Gewandhauses und des MDR.

Den stärksten Eindruck weckte bei vielen die von den Rundfunk-Klangkörpern aufgeführte große Totenmesse von Hector Berlioz, und zwar durch ihre erschütternde Aussage, die das große Aufgebot an Mitwirkenden rechtfertigt. Dem Funk bleiben auch die Erstaufführungen großartiger neuer Chorwerke zu danken, die der *Feldmesse* und des *Gilgamesch-Epos* von Bohuslav Martinu. Zudem prägte sich auch die Wiederaufführung des Oratoriums *Das Buch mit sieben Siegeln* von Franz Schmidt ein. Als sinfonisches Unikat fand die vom MDR-Sinfonieorchester aufgeführte klanggeballte, explosive sinfonische Dichtung *Amériques* von

Edgar Varèse lebhaftes Interesse.

Selbstverständlich bereiteten Werke der Klassik, Romantik und der neueren Zeit in Gewandhaus- wie in Rundfunkkonzerten viele nachhaltige Erlebnisse. Der 100. Todestag Antonín Dvoráks und der 150. Geburtstag Leos Janácks war Anlass, beider Meister in mehreren Konzerten zu gedenken, erfreulicher Weise auch mit weniger bekannten sinfonischen Dichtungen. Die dabei ausgeklammerte Vokalmusik wird in der neuen Saison mit dem *Stabat mater* und dem *Requiem* von Dvorák sowie der Legende *Das ewige Evangelium* bedacht.

Ohne als Zyklus ausgewiesen zu sein, waren im Gewandhaus alle vier Sinfonien von Johannes

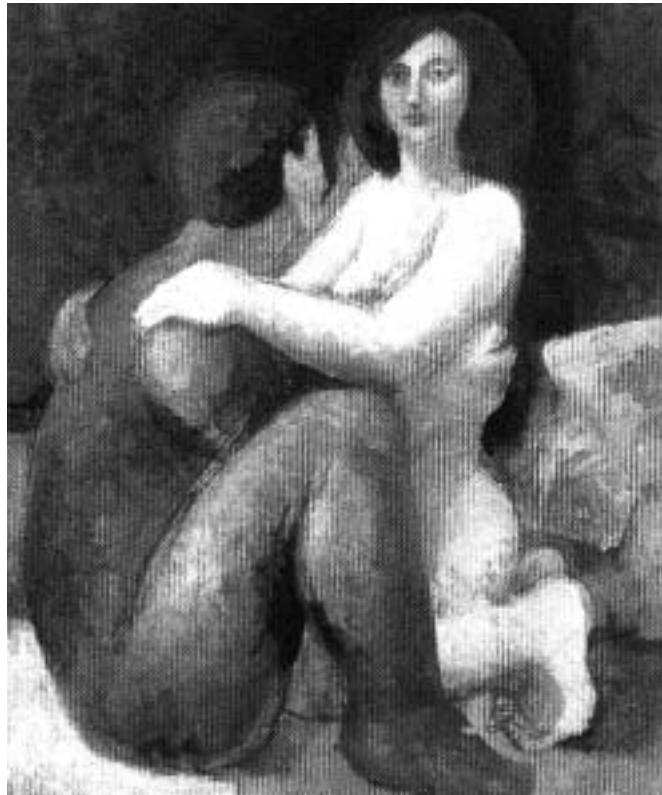
Erneut triumphierten Berlioz und Brahms

Rückblick auf die Konzertsaison und Ausblick auf die kommende

Brahms zu erleben. Unter Leitung von Herbert Blomstedt, Riccardo Chailly und Roger Norrington wurde deutlich, wieviel Raum sie durchaus verschiedenartigen und doch ihnen dienenden Interpretationen geben. Mit der ersten Sinfonie von Carl Nielsen demonstrierte Blomstedt, wie eigenständig der Komponist als Sinfoniker begann. Die *Zweite* des dänischen Meisters schließt in der neuen, Blomstedts letzter Spielzeit als Gewandhauschef den Zyklus ab. Der Blick in die Jahresprogramme beider Orchester verspricht viel, obwohl es beim Funk eine Reduzierung auf drei Anrechtskonzerte, Zauber der Musik, und Matinéekonzerte) gibt und die unbegreiflicher Weise nicht im-

mer gut besuchte Reihe der Chorkonzerte in diesen drei Serien aufgeht. Mit Ausschnitten aus Oratorien Händels, Schuberts Messe Es-Dur, Berlioz' dramatischer Sinfonie *Romeo und Juliette*, Michael Tippetts *Vision des heiligen Augustinus* und Maurizio Kagels *St. Bach-Passion* erklingt mit dem Chor sowohl Vertrautes als auch Seltenes und Neues.

An Vielfalt mangelt es den von Arcangelo Corelli über 300 Jahre bis zum Henze-Schüler Matthias Pintscher führenden Programmen nicht. Wiederum bleibt aber festzustellen, dass Komponisten der ostdeutschen Bundesländer und speziell auch Leipziger kaum noch beachtet werden. Da gibt es einiges nachzuholen. • **WERNER WOLF**



Ein Meister des Klaviers

Prof. Karl-Heinz Pick wird 75

Der Leipziger Pianist, Komponist und Hochschullehrer Karl-Heinz Pick begeht am 18. August seinen 75. Geburtstag. Er konzertierte in vielen europäischen Ländern, im vorderen Orient und in Asien. Als Komponist schuf er Liederzyklen nach zeitgenössischer, serbokroatischer, slowenischer und jiddischer Lyrik sowie Werke für Klavier, die durch zahlreiche Konzertaufführungen, Rundfunksendungen und durch Musikverlage eine weite Verbreitung erfuhren. Seine beiden *Konzerte für Klavier und Orchester* erklangen als Urbzw. Erstaufführungen im Gewandhaus zu Leipzig. Karl-Heinz Pick erhielt seine

künstlerische Ausbildung an der Leipziger Hochschule für Musik Felix Mendelssohn Bartholdy und wirkte vier Jahrzehnte an seiner Ausbildungsstätte, wo er 1975 zum Professor berufen wurde.

Als geschätzter Juror erhielt er Einladungen renommierter internationaler Klavierwettbewerbe, so nach Moskau, Brüssel, Paris, Prag und Warschau. Auch als Mitbegründer und langjähriger Präsident der Deutschen Chopin-Gesellschaft sowie als Präsidiumsmitglied der Internationalen Chopin-Gesellschaft setzte sich der Künstler für den pianistischen Nachwuchs ein.

• **DCG**

„Paare“ nennt sich die Ausstellung von Malerei des Schweizer Alex Bär, die vom 1. September an in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Leipziger Hartkortstraße 10 zu sehen ist. „Liebespaar“ ist eines der ausgestellten Bilder.

ausgegraben

aus Kulturwille. Monatsblätter für Kultur der Arbeiterschaft. Leipzig, Heft 6 /1926, S. 64

vereinfacht die Rechtschreibung!

„vereinfacht die Rechtschreibung!“ ein vorschlag des Leipziger Lehrervereins, dürrsche verlagsbuchhandlung, leipzig. kart. 4,50.

Warum aber kein Deutscher ganz richtig schreiben und sprechen kann, das wird einem erschreckend klar, wenn man das famose, kurzweilige Buch des Leipziger Lehrervereins liest. Mit der Gründlichkeit deutscher Schulmeister ist das Problem der Schreib- und Schriftentwicklung nach seiner historischen, soziologischen, psychologischen, nationalen und pädagogischen Seite hin durchleuchtet worden. Der Leipziger Lehrerverein geht dem gigantischen Blödsinn unserer „Rechtschreibung“, die u. a. auch ein Ausdrucksmittel für Klassengegensätze ist, gehörig zu Leibe. Sein in ganz Deutschland propagierter Reformvorschlag sieht vier Stufen der Reform vor, deren pädagogische Bedeutung darin liegt, daß das Kind in der Schule schon so schreiben kann, wie es bei guter Schulsprache auch spricht. Die 1. Stufe des Leipziger Planes, die nicht allein der Lehrerverein, sondern eine Reihe fortschrittlicher Kaufleute, Vereine, Kulturorganisationen (Kinderfreunde!) bereits anwenden, sieht vor:

antiqua ist normalschrift – kleinschreibung ohne ausnahme – angleichung der letzten griechisch-lateinischen reste an die deutsche bezeichnung: ph wird zu f, th zu t, rh zu r, y zu i, ch zu k – apostrof fällt ganz weg. ... filosof, teater, reumatismus, higiene, karakter ... wie mans treibt, so geht's ... (keine doppelschreibungen mehr!)

Freilich, die Widerstände gegen diese Reform sind groß. Die Schrift hatte einstmals magischen Charakter; und die Magier unserer Tage (ein Stück davon steckt in uns allen) wehren sich verzweifelt, wenn sie statt Magie Vernunft walten lassen sollen. Selbst im Leipziger Parteisekretariat der SPD wurde die bereits durchgeführte Kleinschreibung (mit Rücksicht auf die „geistige Unbeweglichkeit der breiten Massen“) wieder zugunsten der „altherkömmlichen“ Schreibweise aufgegeben. Der geistige Fortschritt geht sicher sehr langsam, und er scheint sogar hinter dem politischen dreinzuhinken. Um so mehr muß man die Bestrebungen des Leipziger Lehrervereins unterstützen. Sie kennen und schätzen zu lernen, ist die angezeigte Schrift ein ausgezeichnetes Mittel. Richard Lehmann

Am 26. August 1944 wurde in Plötzensee der Abwehroffizier Hans-Georg Klamroth als „Hochverräter“ hingerichtet. Wibke Bruhns, seine jüngste Tochter, ist zu diesem Zeitpunkt sechs Jahre alt. Jahrzehnte danach sieht sie in einer Fernsehdokumentation erstmals Aufnahmen von ihrem Vater, stehend vor dem „Volksgerichtshof“. Anlass für sie, sich auf die Suche nach ihrem „fremden Vater“ zu begeben.

Das schmerzhaftes Ergebnis ihrer Spurensuche, basierend auf Tagebüchern, Briefen, Aufzeichnungen u. dgl. mehr, ist die Geschichte der Verstrickung einer großbürgerlichen Halberstädter Kaufmannsfamilie, die über Generationen hinweg Landhandel betrieb, in zeitgeschichtliche Vorgänge. Es ist das Bild einer zunächst kaisertreuen Familie, in der jeder Nachkömmling die „drei Hurras auf Kaiser und Vaterland“ mit der Muttermilch einsaugen musste. Diese „drei Hurras“, mitsamt Fahnen und Wimpel, waren ihr Lebensinhalt, wofür man notfalls auch den Tod in Kauf nahm.

Mit der Novemberrevolution 1918 ist es mit der Monarchie vorbei. Der Vater, nach Notabildung zunächst als Fahnenjunker Kriegsteilnehmer, ist nunmehr ratlos und auf der Suche nach Orientierung. Ihm, dem die Republik und die Demokratie suspekt sind, findet alles in Ordnung, „was die Sozis schwächt“, und geht schließlich zur SS. „Ob er darüber nachdenkt“, schreibt seine Tochter, „dass er einer Mörderbande beitrifft?“

Im September 1922 hatte Hans-Georg Klamroth Else, Tochter des Kommerzienrates Podeus, geheiratet, die einst Spartakus-Veranstaltungen besucht, gegen die Ermordung von Rosa Lu-

Familien- geschichte mit Todesurteil

xemburg und Karl Liebknecht demonstriert und später Wahlaufträge für die Sozialdemokratie geschrieben hatte. Jahre danach wird sie jedoch in der Nazibewegung aktiv tätig sein. Elses Vater, der meint, auf einer deutschen Hochzeit sei es gerade in trüber Zeit eines jeden Deutschen Pflicht und Bedürfnis, als erstes seines Vaterlandes zu gedenken: „Ich erhebe mein Glas auf Deutschland.“ Ein paar Jahre vorher wäre das, getreu der deutschnationalen Gesinnung, der Kaiser gewesen.

Als am 28. Mai 1933 die Sippe versammelt ist, trägt H.-G. Klamroth, bereits Mitglied der NSDAP, dieser den Dringlichkeitsantrag seines Vetters Willy Busse vor, in das Grundgesetz des Familienverbandes den „Arier-Paragraphen“ aufzunehmen. Des Vaters Begründung laut Protokoll: „Aus den Ahnentafeln geht einwandfrei hervor, dass sämtliche Mitglieder des Familienverbandes rein arischer Abkunft sind. Wir sind mit Recht stolz auf diese Rasseinheit unserer Sippe, die auch in Zukunft erhalten werden muss.“ 35 „nette, anständige Leute“ stimmen dem einstimmig zu!

Und dennoch: 1934 stellt der Vater den Juristen Dr. Hans Littgen als Rechtsberater der Firma ein. Einen Mann, der einen jüdischen Vater hat und ein Verwandter des bürgerlichen Anwalts Hans Littgen ist, der im Rahmen der „Roten Hilfe“ Arbeiter

Wibke Bruhns: Meines Vaters Land. Geschichte einer deutschen Familie. Econ Verlag, München 2004. 399 Seiten, 22 Euro



und Kommunisten vor Gericht verteidigte und seit der Nacht des Reichstagsbrandes in Konzentrationslagern unmenschlichen Qualen ausgesetzt ist und am 4. Februar 1938 im KZ Dachau zu Tode kommt. Er wird Vaters engster Mitarbeiter und Vertrauter. Was hat H.-G. Klamroth dazu bewegt? Wir erfahren es nicht, dem Leser bleiben lediglich Vermutungen.

Im August 1939 erhält H.-G. Klamroth seine Einberufung und ist am Überfall auf Polen beteiligt. Im Weiteren wird er Leiter des Abwehrkommandos III der Heeresgruppe Nord, deren Aufgabe die Partisanenbekämpfung und die Vernehmung von kriegsgefangenen Offizieren und Überläufern ist. In einem Brief schreibt er: „Sind es Untiere, die ins Gras beißen müssen, oder sind es doch Menschen? Ich will es gar nicht wissen, denn hier gilt nur die Pflicht.“ Ein erschreckender Einblick in die Psyche eines Mannes, der noch im November 1942 „beeindruckt von unserem

intelligenten Vorgehen“ ist. Wusste er es nicht besser? Kaum zu glauben.

Im März 1943 erfolgt seine Versetzung ins Amt Ausland/Abwehr III im OKW. Er übernimmt die Leitung der Gruppe III W 2, verantwortlich für den vorbeugenden Geheimnisschutz militärischer Forschungsobjekte, zu dem die V2 gehört. Das KZ Mittelbau-Dora in Nordhausen, für diesen Zweck errichtet, kommt in seinen Briefen nicht vor. Auch spricht er nicht mit seiner Frau darüber. Nichts zu sagen und nichts zu schreiben ist ihm, dem Mann der Abwehr, zur zweiten Natur geworden.

Im Februar 1944 trifft er in Ostpreußen auf Claus von Stauffenberg und Männer, mit denen er ein halbes Jahr später vor dem „Volksgerichtshof“ steht. In dessen Urteil heißt es, H.-G. Klamroth habe am 10. Juli 1944 von der Verschwörung gegen Adolf Hitler erfahren und die daran beteiligten Personen nicht angezeigt. Wibke Bruhns meint nicht zu Unrecht, ihr Vater sei

zwar Mitwisser, jedoch kein Mittäter gewesen. Dagegen war sein Schwiegersohn Bernhard Klamroth (Vetter des 2. Grades) ein Kurier der Verschwörung, einbezogen in den Transport des Sprengstoffes. Am 15. August werden H.-G. Klamroth, sein Schwiegersohn und weitere zum Tode verurteilt. Zuvor hatte sie ein „Ehrenhof“ des Heeres „mit Schande“ aus der Wehrmacht ausgeschlossen. Hitler weist an: „Sie sollen hängen wie Schlachtvieh“. H.-G. Klamroth war nach Adam von Trott zu Solz der zweite.

Wibke Bruhns, die das Leben ihres „fremden Vaters“, eingebettet in das ihrer Familie und in das Zeitgeschehen ohne Beschönigung schildert, schreibt am Ende ihres Buches, gerichtet an ihren Vater: „Ich bin verstört über das, was ich als deine Gleichgültigkeit verstehen muß gegenüber dem Schicksal der Juden, der Zwangsarbeiter, der Geisteskranken, der Häftlinge in den KZs, Himmlers ‚Untermenschen‘ in den besetzten Gebieten. Habe ich dich missverstanden, weil du nie etwas gesagt hast? Jetzt stirbst du als Untermensch.“ Und dennoch, so bekennt sie: „Ich habe von dir gelernt, wovor ich mich zu hüten habe. Dafür ist ein Vater da, nicht wahr?“

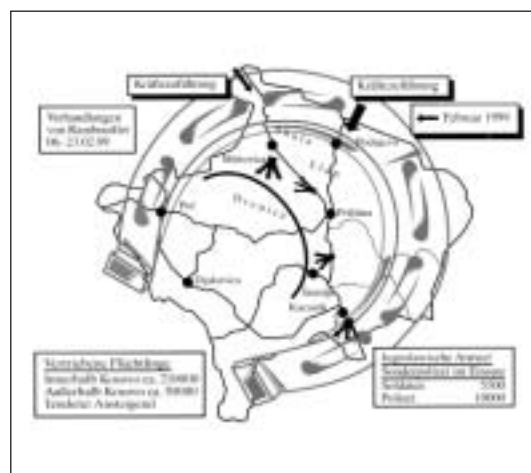
Im Großangriff auf Halberstadt am 8. April 1945 versinkt der 155 Jahre alte stolze Familienbetrieb in Schutt und Asche. Der Großvater, geistig umnachtet, ein gebrochener Mann, dessen Sohn und Erbe als „Hochverräter“ gehängt worden war. Die Geschichte dieser deutschen Familie endet zunächst wie die so vieler, die einst der faschistischen Ideologie erlagen, in der Katastrophe.

• KURT SCHNEIDER

Jürgen Elsässer: Kriegslügen. Vom Kosovo-Konflikt zum Milosevic-Prozess. Kai Homilius Verlag 2004. 331 S.

Das sind Fakten! Erdrückende, aussagefähige, die lügende Politiker von Schröder über Fischer bis Scharping entlarven. Jürgen Elsässer, der sie akribisch sammelte und auswerte, hat es nicht nötig, dreimal „Fakten, Fakten, Fakten“ in die Welt zu brüllen. Über sein Parteigreifen aber – vor allem gegen ein Deutschland, dass sich durch seine Beteiligung am Angriff auf Jugoslawien bis zur „Kenntlichkeit“ verändert habe – lässt er keine Zweifel aufkommen. Schon auf den ersten Seiten seine Buches „Kriegslügen. Vom Kosovokonflikt zum Milosevic-Prozess“ vollzieht Elsässer die Geschichte der sinnlosen und barbarischen Bombardierung der Morawa-Brücke im serbischen Städtchen Vavarin nach und zitiert den serbischen Schriftsteller Miodrag Pavlovic: *Schöne Städte wird es nicht mehr geben in unserem Land. Lange Nächte wünschen wir und tiefe Wälder wo man auch ohne Augen sieht. Lasst uns singen und unser selbst gedenken.*

„Die übrigen 22 667 Leichen gehen allein auf das Konto von Scharping“



DER HUFENPLAN, Kartenskizze des deutschen Verteidigungsministeriums. Nur, dass es eben keinen Beiwies für die Existenz eines solchen serbischen oder jugoslawischen Angriffsplanes gibt. Dafür weisen zahlreiche Indizien darauf hin, dass ein solcher Plan im deutschen Verteidigungsministerium erfunden und dem Kriegsgegner zugeschrieben wurde.

die anderen haben uns vergessen. Was geschah in Sebnica – der „Lüge, die aus Tauben Falken machte“? Für Joschka Fischer war es das „Symbol des serbischen Faschismus“. Haarsträubend, aber Auschwitz wurde als Vergleich zitiert. Tatsache ist, so beweist Elsässer, dass

Sebnica das Symbol für einen Bürgerkrieg mit Opfern auf allen Seiten war. Der Christiansen-Talk am 28. März 1999 – vier Tage vor dem NATO-Angriff auf Jugoslawien – war zur offiziellen Bühne auserkoren, auf der Scharping erstmals vom „Völkermord“ der Serben an den Kosovo-Albanern sprach. UN-Blauhelme

hätten zusehen müssen, „wie in Sebnica 30 000 Menschen umgebracht worden sind“. Niemand fragte nach. Niemand wollte Beweise. Es gab sie ja auch nicht.

Das Internationale Rote Kreuz sprach dann immerhin noch von 7333 „Vermissten“. Wären sie alle tot, so wäre das wohl die Gesamtzahl der Getöteten, schlussfolgert Elsässer: „Die übrigen 22 667 Leichen gehen allein auf das Konto von Scharping.“

Damit nicht genug. Auch die Zahl des Roten Kreuzes erwies sich als manipuliert. Mindestens 500 der Vermissten waren schon vor der Einnahme Sebnicas gestorben. Weitere 3100 angeblich Vermisste tauchten zwei Jahre nach dem angeblichen Massaker auf Wählerlisten wieder auf, die dem OSCE übergeben wurden. Und so geht es weiter. Es lohnt sich, diese Recherchen – im Anhang gestützt mit Originaldokumenten – genau zu lesen. Auch um zu verstehen, wie die Rambouillet-Lüge die letzte Friedenschance zunichte machte und was derzeit in Den Haag mit Milosevic und anderen Angeklagten unter US-Regie geschieht. Die Botschaft aus diesem Gericht, so Elsässer, ist klar: „Wer nicht im Sinne der Anklage zu lügen bereit ist, wird für immer hinter Gittern enden.“

• M. WARTELSTEINER

KALENDERBLATT

Vor 100 Jahren geboren Martin Schwantes

Martin Schwantes, von Beruf Lehrer, wurde am 20. August 1904 in Drengfurth, Kreis Rastenburg/Ostpreußen, geboren. Wegen seiner politischen Einstellung – er war 1928 Mitglied der KPD geworden und gehörte seit 1930 der KPD-Bezirksleitung Magdeburg-Anhalt an, in der er als Sekretär für Agitation und Propaganda tätig war – wurde er bereits 1933 aus dem Schuldienst entlassen. Unter dem Decknamen Erich Haller illegal tätig, stellte er im Auftrag der Bezirksleitung die Verbindung zu illegalen Parteiorganisationen in Bernburg, Dessau, Halberstadt, Halle (Saale), Leipzig und anderen Orten her, bevor er im Januar 1934 in Erfurt verhaftet und im August durch das Kammergericht Berlin zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Nach Ablauf der Haftstrafe erfolgte seine Einlieferung in das KZ Sachsenhausen, aus dem er erst im Februar 1941 freikam.

Danach arbeitete er wieder im KPD-Widerstand, u. a. zusammen mit Hermann Danz. Ab November 1943 gehörte er der neu gebildeten operativen Leitung der KPD und des illegalen antifaschistischen Kampfes in Deutschland an, in der er für Mitteldeutschland zuständig war und zusammen mit Franz Jacob, Theodor Neubauer, Anton Saefkow, Georg Schumann und Bernhard Bästlein die Widerstandsbewegung in weiten Teilen des Landes organisierte. Er war an der Ausarbeitung ihrer politischen Plattform „Wir Kommunisten und das Nationalkomitee Freies Deutschland“ beteiligt. Im Auftrag der operativen Leitung der KPD traf Martin Schwantes, der wichtige Kontakte zu nichtkommunistischen Hitlergegnern unterhielt, Vorbereitungen für die Ausarbeitung eines Entwurfs für Sofortmaßnahmen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und für den demokratischen Neuaufbau des Schulwesens nach Kriegsende.

Im Juli 1944 wurde er erneut von der Gestapo verhaftet. Mit der Begründung, sich „um den Aufbau einer kommunistischen Umsturzorganisation bemüht“ zu haben, verurteilte ihn der „Volksgerichtshof“ zum Tode. Zusammen mit seinen Magdeburger Kampfgefährten Hermann Danz, Friedrich Rödel und Johann Schellheimer – Hubert Materlick war bereits zuvor von der Gestapo zu Tode gefoltert worden – wurde er am 5. Februar 1945 im Zuchthaus Brandenburg mit dem Fallbeil hingerichtet. Mit ihnen starb an diesem Tag in dieser Haft- und Hinrichtungsstätte der Lehrer und KPD-Reichstagsabgeordnete Dr. Theodor Neubauer.

• KURT SCHNEIDER

Vor 90 Jahren

„Vaterlandsverteidiger“, Samariter und Kriegsgegner

Die Leipziger Arbeiterschaft und der drohende erste Weltkrieg (Teil 5 und Schluss)

„Als bald nach dem 4. August zeigten sich in der Partei, insbesondere in der Presse“, wie Karl Liebknecht vermerkte, „die bedenklichsten Erscheinungen – Chauvinismus, Annexions-sucht, Harmonieduselei, besinnungslose Solidarisierung mit den Todfeinden des Proletariats von gestern und von morgen, die plötzlich in einer trüben Einigkeitsphrasen-Hochflut zu Busenfreunden von heute umgewaschen wurden.“

Das politische Agieren des SPD-Bezirksvorstandes entsprach dem der vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion verfolgten Generallinie. Sie vertraten den Standpunkt, dass mit Ausbruch des Krieges, den sie als „nationalen Verteidigungskrieg“ interpretierten, die Klassengegensätze durch die „nationalen Gemeinsamkeiten“ in den Hintergrund getreten seien und erst nach Beendigung des Krieges, worunter sie einen imperialistischen Siegfrieden verstanden, wieder hervortreten wür-

den. Es sollte in den sozialdemokratischen Parteiorganisationen ein Zustand geschaffen werden, der eine reibungslose Unterstützung der „Burgfriedenspolitik“ ermöglichte.

Entsprechend dieser Strategie nahm auch der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins für den 13. Reichstagswahlkreis, Hermann Müller, auf der ersten Generalversammlung dieser Parteiorganisation unter den Bedingungen des Krieges nicht gegen den Krieg Stellung. Die politischen Interessen der Arbeiter ignorierend, sahen Müller und seinesgleichen die wichtigste Aufgabe der Partei während des Krieges darin, „Mittel und Wege zu finden, um ihren hartbetroffenen Mitgliedern über die schwere Zeit hinwegzuhelfen“. Der Vorstand der SPD und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hatten hierzu bereits in einem gemeinsamen Aufruf erklärt, dass es für die „nicht zu den Waffen gerufenen Mitglieder“ darauf

ankäme, die Organisation der Partei und der Gewerkschaften aufrecht zu erhalten und „dem Ganzen zu dienen, namentlich im inneren Samariterdienst“.

So traten Ende August 1914 führende Leipziger Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre den bürgerlichen „Nationalen Hilfskomitees“ bzw. dem „Landesausschuss für Hilfstätigkeit“ bei. Durch Beschluss von Leitungen verschiedener Ortsvereine wurden u. a. weibliche Parteimitglieder dem „Frauenhilfsdienst“ in Leipzig als Helferinnen zur Verfügung gestellt. Diese Hilfskomitees waren Instrumente zur Erhaltung des verkündeten „Burgfriedens“ sowie zur unmittelbaren Unterstützung des Krieges. Unter den schwierigen Bedingungen des Kriegszustandes und der Militärensensur sowie des desolaten Zustandes der Partei schloss sich auch in Leipzig – einem Zentrum der deutschen Arbeiterbewegung – nach Kriegsbeginn der Kern der linken Strömung in der Arbeiter-

bewegung enger zusammen. Um ihre Auffassungen kundzutun, verfassten Alwin Hentschel, Georg Schumann und andere bereits ab September 1914 Rundbriefe, in denen sie sich vor allem an bekannte Mitglieder der Partei wandten. Dem diente zunächst vor allem das Referentenmaterial der Gruppe um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin „Die Ursachen des Weltkrieges“, das die Linken in Leipzig Ende September erhielten und das umgehend von Hand zu Hand ging und eine wesentliche Hilfe für den von ihnen betriebenen Klärungs- und Differenzierungsprozess in der Partei war.

Wie dieses Referentenmaterial wurden auch Briefe von Karl Liebknecht und Franz Mehring an den Parteivorstand, die den Verrat der Parteiführung geißelten, vervielfältigt und zielgerichtet verbreitet. Es begann die organisatorische Sammlung der Linken zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg, seine Initiatoren und seine sozialdemokratischen Befürworter, die in Leipzig bereits 1914 Schritt für Schritt zur Herausbildung einer Liebknechtgruppe führte, zu der Persönlichkeiten wie Alwin Hentschel, Willi Langrock, Georg Schumann, William Zipperer und andere gehörten. • KURT SCHNEIDER

Noch im August 1914 teilte der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie mit, er werde seine agitatorische Tätigkeit „angesichts der positiven Haltung der Sozialdemokraten zum Krieg“ einstellen. Besser lässt sich kaum verdeutlichen, wie sehr sich die maßgebenden deutschen Sozialdemokraten dem chauvinistischen Taumel ergaben. Doch auch nicht wenige namhafte Köpfe des geistigen Lebens erlagen den nationalistischen Parolen der Kriegsherren. Der populäre Natur- und Heimatdichter Hermann Löns, der auch das Matrosenlied mit dem Kehrreim „Denn wir fahren gegen Engeland“ dichtete, konnte es

Im Kriegstaumel 1914

nicht erwarten, an die Front zu kommen. „Ein Pfui dem Mann, / Der sich nicht wehren kann. / Not lehrt das Gebot: Schlag' dot, schlah' dot“, schrieb er dort einem ins Notizbuch. „Frohe Stimmung und es geht in die Linie“, notierte er wenige Wochen nach Kriegsbeginn. Ein Kamerad ergänzte: „Wovon er nicht zurückkommen sollte. Gefallen am 26. 9. bei Loivre.“

In Jena veröffentlichten der Biologe Ernst Haeckel und der Philosoph Rudolf Eucken am 19. August eine Erklärung gegen den Kriegseintritt Großbri-

tanniens, in der es heißt: „England kämpft zugunsten einer halbasiatischen Macht [Russland] gegen das Germanentum, es kämpft auf der Seite nicht nur der Barbarei, sondern auch des moralischen Unrechts.“

Max Liebermann und Max Slevogt beteiligten sich an der Kriegspropaganda durch Herausgabe illustrierter Flugblätter unter dem Titel „Kriegszeit“, deren erste Ausgabe am 1. September u. a. eine Darstellung der Kriegsrede Wilhelms II. vor dem Berliner Schloss enthielt. Von den deutschen Schriftstel-

lern gehörte der junge Johannes R. Becher zu den wenigen, die sich von Anfang an dem Krieg widersetzen, während beispielsweise Gerhart Hauptmann 1914 kriegsgeisterte Gedichte schrieb und Ende des Jahres in der Polemik mit Romain Rolland die Positionen der „Vaterlandsverteidiger“ vertrat, bevor er angesichts der bitteren Kriegserfahrungen (und schneller als die meisten bürgerlichen Intellektuellen) zu antimilitaristischen Positionen gelangte. Zum Wendepunkt ihrer Entwicklung wurde der Krieg für Thomas Mann, Arnold Zweig, Ernst Toller und andere.

• GÜNTER LIPPOLD

Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (30)

Einer der ersten Leipziger Antifaschisten, die 1945 durch die Vergabe eines Straßennamens geehrt wurden, war Kurt Günther. Leider ist über ihn nur sehr wenig bekannt und allein die Straße und eine Schule erinnern an ihn.

Kurt Günther wurde am 3. Januar 1895 in Leipzig geboren. Hier besuchte er die Volksschule und erlernte den Beruf des Steindruckers. Schon sehr früh organisierte er sich in der Gewerkschaft, im Arbeitersport und später auch in der SPD.

Er heiratete, und die junge Familie wurde 1927 durch einen Sohn „komplettiert“. Kurt Günther arbeitete vor 1933 als

Redakteur in der „Leipziger Volkszeitung“, war über viele Jahre Vorsitzender des Ortsvereins Südost der SPD und wurde 1933 als Stadtverordneter ins Stadtparlament gewählt. Man

Kurt-Günther-Straße

kann ihn zum linken Flügel seiner Partei rechnen.

Nach der Machtübernahme der Nazis organisierte er zusammen mit Albert Fichte die illegale Arbeit. Doch die Familie wurde von den neuen Machthabern verfolgt, musste ihre Wohnung in der Lorckstraße 12 aufgeben, und schließlich wurde Kurt Günther am 23. September 1933

verhaftet und kurzzeitig ins Polizeigefängnis Leipzig gebracht. Nach der Entlassung ging er in die Illegalität und floh schließlich nach Prag. Von hier aus schmuggelte er zusammen

mit anderen Emigranten Agitationsmaterial über die Grenze nach Deutschland.

Warum er der Gestapo in die Hände fiel, ist unbekannt, doch er wurde verhaftet und gefoltert und schließlich vom Oberlandesgericht Dresden wegen Hochverrat angeklagt und zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nachdem er diese 1938 verbüßt

hatte, wurde er nicht entlassen, sondern ins KZ Buchenwald verschleppt, wo er als „Schutzhäftling“ unter der Häftlingsnummer 2732 geführt wurde.

Als seine Frau erfuhr, dass er nicht nach Hause kommen würde, beging sie Selbstmord. Ihr Sohn wurde zur Wehrmacht eingezogen und blieb an der Front vermisst.

Kurt Günther starb am 7. Juni 1940 in Buchenwald. Als Todesursache wurde „Magenleiden“ angegeben. In den Akten der KZ-Gedenkstätte wird die Todesursache als „unbekannt“ verzeichnet. Auch seine Grabstelle ist nicht bekannt.

• DIETER KÜRSCHNER



Von
KLAUS HUHN

Wenn ich behaupte, jeder will bei Olympia gewinnen, wird wohl kaum jemand widersprechen. Fachleute könnten ein wenig in sich hineinlächeln und zu bedenken geben, dass die Zahl derjenigen, die auch gewinnen können, ohnehin begrenzt ist, aber denen würde ich entgegenhalten, dass sich doch das Gewinnenwollen nicht auf die Athleten beschränkt.

Und dann würde ich ins Feld führen: Athen wollte schon 1996 gewinnen und Gastgeber der Spiele sein, weil zu diesem Zeitpunkt bekanntlich der 100. Jahrestag der ersten Spiele war. Alle Welt hielt das damals für durchaus einleuchtend und Athen begann schon die ersten Baugruben auszuheben, als plötzlich *Coca Cola* auf der Bildfläche erschien, auf alle olympischen Traditionen piffte und um jeden Preis gewinnen wollte. Man holte die Spiele mit ein paar höchst unolympischen Tricks in die Stadt, in der die *Coca*-Firmenzentrale ihren Sitz hat, nämlich nach Atlanta. Sogar Journalisten, die sich gern als Olympia-Experten rühmen lassen, haben das inzwischen vergessen. Bei *Coca Cola* aber erinnert man sich noch ganz gut, dass das am Ende ein teurer Sieg war, denn ganz Griechenland boykottierte über Nacht die braune Brause und erst ein aufwändiger Werbefeldzug mit tausend Entschuldigungen brachte sie wieder in die griechischen Läden.

Nun aber hat Athen gewonnen, doch die von den Griechen erhoffte Sympathie-Werbung für ihr Land hielt sich lange in Grenzen, weil ständig irgendwelche Medien irgendwelche Mängel monierten. Angeblich wurde die neue U-Bahn nicht rechtzeitig fertig, aber als die ersten Olympiagäste kamen, führen sie mit ihr vom Flughafen in die Stadt. Oder: Die exzellente Idee, das Kugelstoßen im antiken Olympia auszutragen, wurde von deutschen Medien mit dem schwachsinnigen Hinweis kritisiert, dass es in der Antike noch gar kein Kugelstoßen gegeben hatte. Griechenlands Staatspräsident Stefanopoulos rügte ohne jede Rücksicht auf olympische Etikette diese antigriechischen Attacken in einer gepfefferten Rede vor dem IOC, aber die Betroffenen wollten nicht verlieren, also ignorierten sie die Rede. Obendrein hatte man alle Hände voll zu

Und dann sind da noch diejenigen, die für Millionen Dollar – so *Coca-Cola*, *McDonalds* und acht weitere Konzerne – das Recht gekauft haben, mit den Ringen werben zu dürfen. Der Schweizer Uhrenriese Swatch – Tochterfirmen: Omega, Longines – stellt die elektronischen Stoppuhren in den Stadien und sichert auf diesem Wege seinen Gewinn.

Und dann kommen die Athleten, die ihren

Gewinn durch Medaillen sichern wollen und ständig die Mahnungen ihrer Manager im Ohr haben, dass nur die wertvollsten Medaillen gutdotierte Verträge bringen. Und da sich diese Manager Anteile an den Verträgen gesichert haben – die Palette reicht von 15 bis 50 Prozent –, sind auch sie eine Kategorie von Gewinnwollern.

Ganz zu schweigen von den Ländern, die Bundesrepublik nicht ausgenommen. Die wollen sich ganz vorne in der Medaillentabelle finden, und seitdem die früheren DDR-Spartakiadesieger in die Jahre gekommen sind, heuert man auch schon mal Medaillenkandidaten aus Gegenden an, die noch weiter weg liegen als zum Beispiel Anklam. Die erste deutsche Medaillengewinnerin war vormals eine sowjetische Judo-Juniorenmeisterin von 1989 aus Omsk, und eine am zweiten Tag knapp gescheiterte Luftpistolenschützin war 1992 als erste mongolische Frau gefeiert worden, die eine Olympiamedaille gewann.

Schließlich möchten natürlich auch Athen und die griechische Regierung gewinnen, denn wie überall in der Welt sind auch deren Kassen leer. Deshalb könnte als Letzter der griechische Steuerzahler zu den Nichtgewinnern gehören. (Die Montrealer zahlen heute noch an den Schulden, die man 1976 machte.) Aber den Griechen darf man zutrauen, dass sie vor allem Wert darauf legen, dass Olympia gewinnt, nämlich die olympische Atmosphäre. Und darauf deutete schon nach den ersten Stunden einiges hin!

Sportkolumne

Alle wollen bei Olympia gewinnen

tun, in den olympischen Reihen für Ordnung zu sorgen. Zwei IOC-Mitglieder fehlten, weil sie im Knast sitzen, eines steht kurz vor dem Ausschluss. Alle drei, weil sie zu viel und zu hemmungslos gewinnen wollten. Vor allem Geld! Immerhin darf man aufatmend feststellen, dass der neue IOC-Präsident Rogge, ein renommierter belgischer Chirurg, einiges zum Gewinn des olympischen Anliegens tat.

Gewinnsucht beherrschte auch die deutsche Olympiadelegation. Der Veteran unter den IOC-Mitgliedern, Walter Tröger, war bekanntlich mit Hilfe des DSB-Präsidenten Richthofen als NOK-Präsident gestürzt worden, weil der von einer Zusammenlegung von DSB und NOK träumte, was allerdings nach den olympischen Regeln gar nicht möglich ist. Im Hintergrund lauert der umtriebige Thomas Bach, der in Athen zwar seinen IOC-Vizepräsidentensessel verlor, aber gelegentlich laut davon träumte, eines Tages den Sessel des IOC-Präsidenten zu gewinnen.

Als nächstes käme die Industrie, die mit Olympia Gewinn machen will, den man auch nüchtern Profit nennen könnte. Mindestens jeder zweite der 10 500 Athleten trägt zum Beispiel einen Dress, der in *adidas*-Werkstätten gefertigt wurde. Die Konkurrenz behauptet, Olympia steigere im Gegensatz zu Fußball-Titelkämpfen den Umsatz kaum, weil die weltweit die Nachfrage nach Star-Trikots und den modernsten Fußball-Stiefeln fördern, während niemand wegen olympischer Rudererfolge nach Ruderschuhfrage.

TELESKOP

Unserer Zukunft weit voraus

Wie lebte man vor 100 Jahren? Da hatten wir noch den Kaiser Wilhelm, die Fußballklubs steckten in den Gründerschuh, die Autos auf den Straßen konnte man zählen und Fernsehen gab es auch noch nicht – wie überhaupt die Freizeitgestaltung ganz anders ausgesehen hat als heute. Dafür blieb nach dem Arbeitstag wenig übrig: Der Lohn derer, die ihre Knochen hinhalten mussten für den Profit der Fabrikbesitzer, war karg. Während Urgroßvater malochen ging, schmiss Urgroßmutter den Haushalt, rubbelte am Waschbrett die Wäsche, kochte für den Abend das Essen, zwischendurch schrubbte sie auf den Knien den Fußboden. Da war nix mit Waschmaschine, Mikrowelle oder Meister Propper.

Leben wie vor 100 Jahren – das zeigte uns ein TV-Sender kürzlich am Beispiel einer Alm, auf der drei Wochen lang wechselweise Pseudopromis schufteten mussten, ohne die segensreichen Errungenschaften der modernen Technik nutzen zu dürfen. Ich habe mich gefragt, warum die uns so etwas zeigen. Es ist ja auch kein Einzelfall. Zuvor erlebten wir auf einem anderen TV-Kanal ein Promi-Überlebenstraining in einem Dschungelcamp. Sogar Würmer mussten in Ermangelung von anderem Essbarem geschluckt werden.

Der Aha-Effekt stellte sich dann doch schnell ein – beim Studium der Tageszeitung. Länger arbeiten für weniger Lohn, Kürzung der Urlaubstage, Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, Hartz-IV-Gesetze, drohende Armut. Leben wie vor 100 Jahren! Die Promis zeigen uns da mal schon, wie man ohne moderne Technik lebt und wie schön es ist, 12 Stunden täglich zu ackern. Und wenn man sich für sein Geld nichts Ordentliches mehr kaufen kann, dann züchtet man sich einige Würmer fürs Mittagessen.

Das Fernsehen ist eben innovativ und unserer Zukunft immer ein paar Schritte voraus. Die Regierenden wird das freuen!

• MARC RANSTETTER

Lesen was andere verschweigen:



Jetzt drei Monate **Probeabo!**

Ja, ich will das Probeabo nutzen!
Ich zahle für 7 Ausgaben nur 3,50 €
statt 7,00 €.

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Ich möchte auf Rechnung bezahlen.

Ich möchte per Lastschrift bezahlen.

Konto-Nr.: _____

Kreditinstitut: _____

Bankleitzahl: _____

Das Probeabo erlischt nach 7 Ausgaben automatisch.
Ich kann es aber danach in ein normales Dauerabo umwandeln lassen, wobei ein neuer Vertrag über den Bezug von "Leipzig Neue" geschlossen werden muss.

Datum / Unterschrift: _____

Zu: „Wer manchmal nickt, dem glaubt man nicht“, LN 16 '04

Die umstrittene Passage lautet

Mein Kollege Martin Lesch erklärte zu seinem Austritt aus der PDS, der für mich sehr schmerzhaft ist, u. a.: „Zwar wurde in Chemnitz der Antrag angenommen, ... auf ... unkritische Lobhudelei von „Unternehmertum und Gewinninteresse als wichtige Bedingung für Innovation und Effizienz“ im Programm zu verzichten. Aber mit nur einer (!) Stimme Mehrheit“.

Leider vernachlässigt er das Ergebnis der auch von ihm mitgestalteten Programmdiskussion seit April 2001. Die umstrittene Passage lautet in dem mit großer Mehrheit angenommenen neuen Parteiprogramm: „Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Doch solange sie auf die betriebswirtschaftliche Logik der einzelnen Unternehmen beschränkt bleiben und dem Profitstreben des Einzelkapitals unterworfen sind, verwandeln sie sich in ihr Gegenteil. Sozialökologisches Wirtschaften setzt gesellschaftliche Kontrolle und demokratische Mitbestimmung voraus. Ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche Gegenmacht und sozialstaatliche Regulierung führen private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich verlustreichen, zu sozialen und umweltzerstörerischen Fehlentwicklungen.“

PAUL FROST
LEIPZIG PER E-MAIL

Der Entschluss des Leipziger Historikers Rolf Weber, mit vierundsiebzig Jahren den Zeitpunkt seines Todes selbst zu bestimmen, muss um so mehr erschüttern, als seine jugendlich vitale Art viele Jahre lang andere zu inspirieren vermochte. Ein Leben lang stritt Rolf Weber um historische und politische Wahrheit, doch den Kampf gegen eine langwierige Krankheit vermochte er nicht durchzuhalten. Seine Frau Ria, die ihr Leben in den Dienst seiner Wissenschaft und seines politischen Engagements gestellt hatte und für die noch der Todkranke alles andere denn eine Last war, konnte die Verwirklichung seines einsam gefassten Entschlusses nicht verhindern. Rolf Weber hinterlässt zwei Kinder, sechs Enkelkinder und eine Urenkelin.

Der Professor nahm die Berufsbezeichnung des Bekenntners ernst. Sein wissenschaftliches Werk fand, dank seiner gründlichen Darstellung, der klaren Ur-

teile und des ansprechenden, lebendigen Stils, viele Leser. Webers Spezialgebiet waren die demokratischen Denkströmungen und Bewegungen im Deutschland des 19. Jahrhunderts. Der 1930 in Glaubitz bei Riesa Geborene studierte ab 1949 Geschichte und Germanistik in Leipzig. Die Alma mater Lipsiensis erlebte in jenen Jahren eine Blüte durch antifaschistische Hochschullehrer, die kurz vorher aus dem Exil zurückgekehrt waren. Zu ihnen gehörte Ernst Engelberg, bei dem Weber 1953 Assistent wurde. 1958 verteidigte er seine Dissertation über kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einheitsbewegung 1863-1866. Entgegen einer damals begrenz-

ten Sichtweise, die aber im Institut von Ernst Engelberg nicht zu finden war, maß Weber die dem Kleinbürgertum entspringenden demokratischen Bestrebungen auch an der Unterwerfung der Großbourgeoisie unter Bismarck und nicht nur an den Forderungen der Arbeiterbewegung. 1968 erfolgte die Habilitation über die Revolution in Sachsen 1848/49. Die Schrift erschien 1970 als Buch.

Eine Vielzahl von Veröffentlichungen folgte, so 1970 eine gemeinsame Arbeit mit Engelberg über die Reichsgründung, 1977 ein Buch zur bürgerlichen Umwälzung in Deutschland, 1981 und 1983 dann Bücher über deutsche Emigranten in den USA

und in der Schweiz.

Seine wissenschaftliche Heimat fand Rolf Weber 1966 am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften. Vorübergehend nahm er eine außerordentliche Professur an der Universität Leipzig wahr. Der Rückkehr an die Akademie folgte 1987 Webers vielleicht bestes Werk, eine Biographie über Johann Jacoby, den Arzt, Demokraten, Vorkämpfer der jüdischen Emanzipation und schließlich Sozialisten. Weber rühmte Jacoby als lauterer Charakter, dem Demokratie und Chancengleichheit für alle Menschen das höchste Gut waren. Dies gilt auch für ihn selbst.

MARIO KEISLER

Historiker eines demokratischen Deutschland

Der Leipziger Gelehrte Rolf Weber ist tot

Trotz seiner schweren Erkrankung hoffte er bis zuletzt, dem Gevatter Tod Zeit abtrotzen zu können. Wohl auch um die 2003 in seinem Buch „Taucha in der Weimarer Republik“ geäußerte Absicht, „falls die Kraft und Gesundheit es zulässt, die Arbeit an der Taucher Geschichte fortzusetzen“. Eigentlich war die Historie für einen ausgewiesenen Ökonomen nicht sein Metier. Aber mit der ihm eigenen wissenschaftlichen Neugier und Leidenschaft legte er eine Schrift vor, die in ihrer Art ihresgleichen sucht und der Historiker hohen Respekt zollten. Diese seine letzte Publikation zeugte zugleich von der Akrebie, dem Können, dem Wissensdrang des Verstorbenen, die ihn als Wissenschaftler und Ordinarius für Politische Ökonomie des Kapitalismus stets eigen waren. Diesen nicht immer leichten Weg beschritt das Arbeiterkind über die Vorstudienanstalt (1946/47) und das sich anschließende Studium des Diplomwissenschaftlers an der Alma Mater Lipsiensis (1947-1951). Hier war es Prof. Dr. Fritz Behrens an der Gewifa, der seinen wissenschaftlichen Habitus prägte, dem er als dessen Schüler und Vorbild verbunden blieb. Seit 1962 wirkte Gerhard Müller in dessen Geist am Franz-Mehring-Institut der Karl-Marx-Universität. Er spezialisierte sich auf

Nekrolog für Gerhard Müller

Prof. em. Dr. sc. Gerhard Müller ist am 12. August im Alter von 76 Jahren verstorben



Probleme der Marx'schen Grundrente, die Landwirtschaft der kapitalistischen Länder, untersuchte Fragen der Welternährung sowie die mit der Globalisierung verbundenen Gefahren. Mit der „Abwicklung“ erfolgte 1990 seine Entlassung in den Vorruhestand sowie die damit verbundenen Demütigungen. Dennoch hielt er dem demokratischen Sozialismus die Treue.

Ein Wirkungsfeld fand er, wie seine Frau Eva, im Wirtschaftswissenschaftlichen Arbeitskreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Besondere Würdigung verdient sein Engagement bis an sein Lebensende als Vorsitzender des Ortsvereins Taucha der PDS.

Besondere Priorität nahmen in seinen Denken und Handeln seine Frau Eva, seine Kinder, Enkel und Urenkel ein.

Ihnen und seinen Weggefährten aus FDJ-Zeiten, seinen Genossinnen und Genossen, wie seinen Saunafreunden wird er fehlen.

HELMUT ARNDT

Nun hebt bei einigen Politikern und Bürgerbewegten das große Zetern an, weil sich die ostdeutschen Bürger unterstehen, gegen die Politik dieser Regierung und damit dieses Staates auf die Straße zu gehen. Besonders empört sind sie darüber, dass zu diesen Protesten die Montagsdemonstrationen, die 1989 geradezu zu Wallfahrtsorten der Demokratie hochstilisiert wurden, wieder aufleben und als Tribüne der Meinungsäußerung gegen Entscheidungen der derzeitigen Regierung genutzt werden sollen. Es wird sogar von einem Missbrauch dieses Begriffs und einer Beleidigung der Ostdeutschen gesprochen, weil sich die Demonstrationen der Wendezeit gegen „Diktatur“ und „Unrecht“ gewandt hätten. Da kann ich nur sagen: „Ja, eben!“ Genau deshalb ist die

Montagsdemos wieder gegen Diktatur und Unrecht

Renaissance der Montagsdemonstrationen richtig und wichtig, weil sie sich erneut gegen eine Diktatur richten, diesmal gegen die Diktatur des Kapitals und gegen das große Unrecht, was den ehemaligen DDR-Bürgern seit der „Wende“ widerfahren ist.

Diese Unrecht findet in den Gesundheits- und Sozialreformen lediglich seine absolute Zuspitzung. Sollen denn die Ostdeutschen diese Entwicklung tatenlos über sich ergehen lassen? Sie haben schließlich auch eine Würde zu verteidigen.

Warum sollen nur Proteste gegen sozialistische oder kommunistische Staatswesen und ihre Institutionen opportun sein?

Die westlichen Demokratien produzieren so viel Unrecht, vor allem gegenüber den einfachen Menschen. Genug Grund, dagegen auf die Barrikaden zu gehen.

Wenn die Herrschenden bereits vor den aktuellen Protesten erschrecken, dann sei ihnen ins Stammbuch geschrieben, dass die im Vergleich zu Massaktionen in Italien und Frankreich noch harmlos wirken. Manche Regierung und manches unpopuläre Gesetz ist schon über diese Streiks gestolpert. Diese Aktionen sollten eigentlich das Vorbild für unsere Gewerkschaften und die Bürger sein.

GOTTFRIED FLEICHHAMMER,
LEIPZIG

Bin ich auch Berliner,

so ist mir Leipzig nicht fremd. Ich lese regelmäßig Ihr kleines, aber informatives und bei den geringen Mitteln, die zur Verfügung stehen, sehr professionell gemachtes Blatt. Sie hatten vor einiger Zeit einen Limerickwettbewerb, dessen Ergebnisse mir gut gefallen. In meiner Freizeit schreibe ich, um politischen Frust zu verdauen – zwar keine Limericks, aber kleine Epigramme:

Der beflissene Leser

Fakten, Fakten, Fakten –
die bringt mir das Magazin
reichlich jeden Tag
Es sind so viele, dass ich nach
ihrem Zusammenhang
gar nicht mehr frag.

NORBERT BÜTTNER

Liest Ihr Nachbar schon LN?

Vielleicht freut er sich, wenn sie ihn mit unserem Blättchen bekannt machen?

Bestellschein S. 15

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Die Redaktion

Veranstaltung zum Weltfriedenstag

Verleihung des Lysistrata-Friedens-Preises und anschließende Veranstaltung mit Felicia Langer zu ihrem Buch „Brandherd Nahost – oder: Die geduldete Heuchelei“

Am **1. September 2004** findet **18 Uhr** in der Alten Handelsbörse am Naschmarkt in Leipzig anlässlich des Weltfriedenstages eine Veranstaltung der PDS Sachsen und der feministischen Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS, Lisa Sachsen, statt. Dazu sind alle Interessierten herzlich eingeladen.

Die Verleihung des Lysistrata-Friedens-Preises erfolgt durch Dr. Cornelia Ernst, Landesvorsitzende der PDS Sachsen, und Kerstin Köditz, Vertreterin von Lisa. Die Laudatio hält Prof. Dr. Peter Porsch, Vorsitzender der PDS-Landtagsfraktion.

Der Lysistrata-Friedens-Preis wurde aus Anlass des Internationalen Frauentages 2003 von Lisa Sachsen gestiftet. Zum Weltfriedenstag 2004 wird er zum zweiten Mal verliehen. Er wird an Frauengruppen, Frauenprojekte oder einzelne Frauen vergeben, die sich in besonderer Weise für den Frieden engagiert haben.

Im Anschluss an die Verleihung des Preises liest die Trägerin des Alternativen Nobelpreises, Felicia Langer, aus ihrem neuesten Buch „Brandherd Nahost – oder: Die geduldete Heuchelei“. Sie informiert und diskutiert zur aktuellen Lage in Israel und Palästina. Ihr Hauptthema ist die Frage nach Perspektiven einer friedlichen Lösung im

Nahen Osten.

Felicia Langer wurde mit Büchern wie „Lasst uns wie Menschen leben“, „Zorn und Hoffnung“ oder „Quo vadis Israel?“ bekannt. Die aus Polen stammende Jüdin engagierte sich sowohl als Autorin als auch als Rechtsanwältin für den Frieden in Nahost. Nach Israel ausgewandert, begann sie nach dem Sechs-Tage-Krieg im Jahr 1967, Palästinenser in besetzten Gebieten zu verteidigen. 1990 schloss sie ihre Kanzlei aus Protest gegen das Justizsystem Israels. Seitdem lebt sie in Deutschland und engagiert sich weiter für die Palästinenser und den Frieden in Nahost.

Achtung: Die Veranstaltung beginnt – entgegen früheren Bekanntmachungen – bereits um 18 Uhr.

Weitere Veranstaltungen:

31. 8., 19.00 Uhr, Ehrenberg-Gymnasium Delitzsch: Felicia Langer: **Brandherd Nahost oder Die geduldete Heuchelei**. Palästina-Frage in Lesung und Gespräch. Moderation: Dr. Christel Hartinger

2. 9. 17.00 Uhr, Studentenclub Moritzbastei, Ratstonne: **Euro-pa: eine Friedensmacht?! EU-Verfassung in kritischer Debatte**. Forum mit EU-ParlamentarierInnen + Attac + Sozialforum Leipzig + WissenschaftlerInnen. Veranstaltungsträger: Friedenszentrum Leipzig e.V. Anschließend: „Und schießt mich eine Kugel tot...“ Lieder und Dokumente aus Weltkrieg 1.

Polnische Ostsee, deutsche Hotelpension 22,00 € ÜF
Tel.: 00 48 91-3 81 11 72, www.hs.tapl

ISOR e. V.

Isor e.V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren. Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 18 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagisträle, Straße des 18. Oktober 10a, 04103 Leipzig, statt.

Unser Genosse

Herbert Härtel

wurde am 20. August

75 Jahre.

Wir wünschen ihm
Gesundheit und alles
erdenklich Gute

Die Genossinnen und
Genossen der
PDS-Basisorganisation
Löbnitz II

Naturkundemuseum

Leipzig, Lortzingstr. 3

22. 8., 10.30 Uhr, Vortrag: **Eingewandert, eingeschleppt?** – Neuan-kömmling in Europas Insektenfauna

2. 9., 14 Uhr: Der schlaue Fuchs – Füchse in der Großstadt

5. 9., 10.30 Uhr, Führung durch die Sonderausstellung **Vulpiaden – Kostbarkeiten aus der Sammlung Friedrich von Fuchs: Der schlaue Fuchs – Füchse in der Großstadt**

Sonderausstellungen
26. 8. bis 31. 10.: Vulpiaden – Kostbarkeiten aus der Sammlung Friedrich von Fuchs

Bis 26. 9.: Schaubeste Honigbienen.

Bis 19. 9.: Porzellan- und Kegelschnecken aus der Sammlung Werner Richter – Vitrinenausstellung

BUCHHANDLUNG RIJAP

Literatur für SIE

Im August neu bei uns:

Nafeez M. Ahmed: Geheimsache 09/11. Hintergründe über den 11. September. Goldmann, 9,55 Euro

Annette Hildebrandt: Liebe Regine ... Erinnerungen zum Weiterleben. Evangelische Verlagsanstalt, 12,80 Euro

Michael Moore; Kathleen Glynn: Hurra Amerika! Piper, 17,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123



Bund der Antifaschisten e.V., Leipzig

Wir laden ein zum Sommerfest

am **Sonnabend, 28. August, ab 14.00 Uhr**

in der **Margarete-Blank-Gedenkstätte in Panitzsch**

Um 13 Uhr steht ein Großtaxi ab Richard-Wagner-Str. (gegenüber Leipzig Tourist) zum Kostenbeitrag von 5 Euro pro Person (Hin- und Rückfahrt) zur Verfügung.

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:

FSD PhR Friedrich Roßner

Fachapotheker für

Allgemeinpharmazie

Karlsruher Straße 54

04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58

Arzneimittel-Information

Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91

Büro / Apothekenleiter

Frauenkultur e. V.

Leipzig, Windscheidstr. 51

28. 8., 19 Uhr: Bettina Schelker in concert: Rock'n Rollund Poesie

4. 9., 20.30 Uhr, Konzert: Herzlicht – Lieder und Gedichte mit Babette Dieterich und Emil Petrov

Eine private
Kleinanzeige dieser
Größe kostet bei
uns nur
9 Euro

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündigt.

Ich bitte um Rechnung

Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Mitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen trauern um ihren Vereinsfreund

Prof. Dr. Rolf Weber

* 4. März 1930 † 3. August 2004

Wir verlieren mit ihm einen Historiker, der ein Leben lang um historische und politische Wahrhaftigkeit stritt.

Die Trauerfeier findet am 26. 8. 2004, 14.30 Uhr auf dem Südfriedhof statt.

Der Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Die Mitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen trauern um ihren Vereinsfreund

Prof. Dr. Gerhard Müller

* 26. November 1927 † 11. August 2004

Wir trauern um einen engagierten Hochschullehrer und Ökonomen, einen Freund und Kollegen, der unserer Stiftung eng verbunden war und ihr Wirken mit wichtigen Beiträgen bereicherte.

Die Trauerfeier findet am 3. 9. 2004, 14.30 Uhr auf dem Friedhof Taucha statt.

Der Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Doof bleibt doof!

Beispiele gefällig? Sie liegen nur so herum

Es stimmt schon. Ich bin Ossi und doof bleibt doof.

Völlig überfordernd für mein schlichtes Gemüt sind beispielsweise Meldungen über den ausufernden **Benzintourismus** der Deutschen zu den Tschechen, den Polen, den Österreichern, den Belgiern ... Und erklärt wird der goldwerte deutsche Sprit mit den drastisch gekletterten Ölpreisen auf dem Weltmarkt.

Nun frage ich kleine Doofe mich: Wo kaufen denn die Tschechen, die Holländer, die Polen, die Österreicher ihr Öl, wenn nicht auf Weltmarkt, dass sie so viel billigeren Sprit draus machen können?

*

Oder: Immerzu kriege ich gesagt, diese Arbeitslosen, das sind **Sozialschmarotzer**, die leben auf unsere Kosten. Und überhaupt ... Nun ist da aber dieser gerade ausgelernte Ofenbauer aus meinem Dorf, der seinem Meister lieb und wert war, weshalb seine Anstellung als Geselle sicher war.

Kaum aber war das Fest des bestandenen Facharbeiterabschlusses gefeiert, da verlangte der Meister: „Jetzt, in den drei Wochen Sommerurlaub, meldest du dich erst einmal arbeitslos. Nachher stelle ich dich wieder ein.“ Der junge Facharbeiter war wohl auch begriffsstutzig, denn er verstand seinen Meister nicht wirklich. Aber was tun, der sitzt schließlich am längeren Hebel.

Die drei Wochen waren um, der Ausgelernte bekam wie versprochen seinen Job. Allerdings: nicht zum Tariflohn, weil er ja nun bloß ein eingestellter Arbeitsloser war. Der Meister aber bekam einen Zuschuss von der Arbeitsagentur, weil er so nett war, einen Arbeitslosen einzustellen.

Ganz doof wie ich bin, will ich ja nun nicht denken, dass dieser Meister vielleicht ein Sozialschmarotzer ist.

*

Und weil aller guten Dinge drei sind: Neulich war ich in Bad Frankenhausen. Um dort auf dem Schlachtberg nicht ahnungslos vor Tübkes **Bauernkriegspanorama** herumzustehen, klickte ich mich ins Internet ein, um mir etwas über das, wie es offiziell heißt,

Monumentalbild „Frühbürgerliche Revolution“ anzulesen und erfahre: Den von der DDR für damals horrenden 15 Millionen Mark teuer errichteten Rundbau auf dem ehemaligen Schlachtfeld wollten wildgewordene Bürgerrechthaber 1990 beinahe schleifen. Logisch – ist das gigantische Bild doch ein Auftragswerk dieses arroganten, Künstler immerzu beschäftigenden Staates gewesen! Zwar haben etwas weitsichtigere Leute im thüringischen Kultusministerium diese Bilderstürmerei gerade noch verhindern können, aber das lässt einen Chronisten vom MDR nicht davor zurückschrecken, seinerseits auf Doofheit zu beharren. In einer Seriosität erwecken wollenden Tübke-Biografie sah er sich deshalb manisch gezwungen, dem Begriff „Jahrhundertwerk Bauernkriegspanorama“ eine, wie er wohl hofft, gehörig diffamierende Klammerbemerkung anzuhängen: „Elfantenklo, wie es im Volksmund heißt“. Wahrlich ein Scheißhaus-Niveau.

*

Eigentlich wollte ich hier Schluss machen, aber da wedelt mir ein weiterer Beweis meiner längst bestätigten These auf den Tisch.

Kriegt doch eine Frau von ihrer **Rentenkasse** einen dicken Brief, darin acht mit lauter Zahlenreihen beschriebene Blätter. Aufgeregt nähert sie sich dem Inhalt des Bürokratenbescheids über eine *Neuberechnung* ihrer seit Jahren winzigen, aber trotz alledem pünktlich eingehenden Rente. Schon klopft das Herz vernehmlich: Die werden doch kein Geld zurückverlangen? Wer denkt das nicht bei Behördenpost ...

Aber nein, für zwei neu berechnete Jahre gibt es eine Nachzahlung! Sie beläuft sich für all diese 24 Monate zusammen auf sage und schreibe 22 Cent!

Doof bleibt doof! Statt nun dankbar über die Ehrlichkeit ihrer Rentenkasse zu sein, ärgert sich diese Bürgerin! Dabei wurde der ganze immense Aufwand nur für sie und zu ihrem Besten betrieben.

IHRE MILIANE MAUS



Eine Feier und ausgesiedelte Ponys

Natürlich muss man keinen Sachsen an die Worte eines sächsischen Königs erinnern, der einst angesichts revolutionierender Bürger fragte: „Derfen die'n das?“ Mir kam die Frage in den Sinn, als wir unlängst durch Torgelow kamen und zu Erbsen aus der Feldküche eingeladen wurden. Was denn hier gefeiert würde, wollten wir wissen und erfuhren: „Der fünfzigste Jahrestag der Gründung der Arbeiterwohngenossenschaft!“ Und spätestens, als man uns daran erinnerte, dass man nicht nur einen Freitag, den 13. schrieb, sondern auch noch den 13. August, wurde des Königs Frage aktuell. Als wir hinter vorgehaltener Hand herumfragten, ob solch Vorhaben nicht etwas zu kühn sei, beschied man uns grinsend, dass man alle Warnungen in den Wind geschlagen habe. Auf diese Genossenschaft – heute Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft – lasse niemand etwas kommen. Und – nein, das sagte so keiner – auf das Datum auch nicht. Und während sie in Berlin Sonntagsreden hielten, löffelten wir in Torgelow Freitagserbsen.

Kurz zuvor hatten wir ein Spektakel erlebt, das uns den Atem verschlug: Die Evakuierung von

neun Ponys von der Insel Oie. 1977 hatte der Rostocker Zoo sie dort „stationiert“, aber nun wurde befunden, dass eine „artgerechte“ Haltung nicht mehr garantiert sei. Also stach ein Seezeichenmotorschiff in See, und als es Oie ansteuerte, leistete ein Seenotrettungskreuzer Amtshilfe. Alles schien geklärt, nur die Ponys wollten nicht einsehen, warum sie künftig an Land grasen sollen. Sie fraßen die Äpfel, die man als Köder mitgenommen hatte, und änderten ihre Meinung trotzdem nicht. Am Ende triumphierte die Obrigkeit – wie meist. Als wir durch Neubrandenburg kamen, erzählte man uns von dem Streit mit Professor Nix, ein „Wessi“, der ursprünglich Rektor der Fachhochschule Neubrandenburg hatte werden sollen, dann aber wissen ließ, dass er mehr Lust habe, Kulturdezernent in Köln zu werden, in Neubrandenburg absagte, in Köln nicht gewählt wurde und sich flugs – übrigens auf einem voreilig gedruckten Dezernenten-Briefbogen – wieder in Neubrandenburg anmeldete. Die wollen ihn nun aber nicht mehr. Streit steht ins Haus. Wo nicht?

• KLAUS HUHN

Wanderungen durch Neufünfland

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Es gab in der deutschen Geschichte ja Zeiten, da ganze Dörfer entvölkert und aufgegeben wurden. Das wird jetzt wieder eintreten.
mdr 21. 7.

Steht es denn in Portugal so schlimm, dass der Regierungschef emigrieren muss? Zwei Drittel der Portugiesen sind allerdings der Meinung, dass seine Regierung die schlechteste in der jüngeren portugiesischen Geschichte war. Etwa 60 Prozent der erwerbstätigen Portugiesen arbeiten mit Zeitverträgen oder als Scheinselbstständige.
DLF 22. 7.

Ich setzte mich vehement für eine Verbesserung des Qualitätsmanagements im Interesse der Patienten ein, aber inzwischen wird der Arzt zunehmend zum Erfüllungsgehilfen kaufmännischer Interessen gemacht.

Prof. Kiess, Dekan der Leipziger Medizinischen Fakultät
LVZ 24. / 25. 7.

*Als unsere Werbefirma einen größeren Auftrag erhielt, haben wir uns im Team hingesetzt und haben **gebrainstormt**, wie wir die Sache angehen.*
DLF 25. 7.

In der BRD nimmt sich jeden Tag ein Kind bzw. ein Jugendlicher das Leben. Der Suizid ist die zweithöchste Todesursache bei jungen Menschen. Die Versorgung von psychisch kranken Kindern ist nicht gewährleistet. Es gibt Wartezeiten von 1,5 Jahren bis zur Behandlung.
ARD 26. 7.

Präsidentenskandidat Kerry hat den größten Trumpf in der Hand – nämlich den, dass er nicht Bush ist.
ZDF 30. 7.

Vom Hindukusch bis zum Nordwesten Afrikas, diesen Bogen müssen wir umgestalten, damit wir Sicherheit bekommen.

Der US-Botschafter in Afghanistan. ZDF 3. 8.

• GEFUNDEN VON MANFRED ERBE

Bleibt der Montag?

Wie aus gewöhnlich schlecht informierten Kreisen mitgeteilt wird, erwägt Wirtschaftsminister Clement eine Gesetzesinitiative zur Einführung der 6-Tage-Woche.

Diese Kalenderreform, die der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat bedarf, soll den 7-tägigen Wochenrhythmus auf sechs Tage reduzieren, wobei der Montag wegfällt. Damit könnte dem sich abzeichnenden stärkeren Missbrauch dieses Tages durch Aktionen von unbelehrbaren Reformgegnern, Anti-Hartz-Aktivisten, Sozialschmarotzern, Protestneurotikern, populistischen Volksverhetzern, miesepetriges Bedenkenträgern und sonstigen meist PDS-unterwanderten notorischen Dauerdemonstranten ein Riegel vorgeschoben werden. Wie unser freier Mitarbeiter DETLEV DOHLE gerücheweise weiter erfahren haben will, geht die beabsichtigte Beibehaltung der sechs restlichen Wochentage auf einen Kompromiss mit dem Koalitionspartner zurück.



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung: BERG-digital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c,
04420 Markranstädt. Tel.: 034205/18
010, Fax: 034205/18 062 E-Mail:
bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

17. August

Die nächste Ausgabe erscheint am 3. September

Spendenkonto für Projekt linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40